Lübecker Volksbote

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung

Der „Lübecker Volksbote" erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, sowie durch die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt bei der Lieferung durch die Austräger vierteljährlich 3.90, monatlich 1.30 Mk.

Redaktion und Geschäftsstelle: Johannisstraße Nr. 46 Fernsprecher Nr. 926

Die Anzeigengebühr beträgt für die sechsgespaltene Petitzeile oder deren Raum 60 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 50 Pfg., auswärtige Anzeigen 60 Pfg. — Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 145. Mittwoch, den 25. Juni 1919. 26. Jahrg.

Verlorener Krieg.

Von Rudolf Wissell.

Die Nationalversammlung hat der Erklärung der Regierung, den Friedensvertrag bedingungslos zu unterzeichnen, zugestimmt. Ein Tag der Trauer war's, kein Tag der Freude. Ein Tag der Trauer, wie ihn das deutsche Volk noch nie in der Geschichte sah, wie ihn kein Volk der Welt je gesehen. Die Hand, die diesen Frieden unterzeichnet, wird zittern vor schmerzlicher Bewegung, vor innerer Bewegung. Und doch bleibt kein anderer Ausweg.

In dieser Stunde, wo ich diese Zeilen schreibe, tritt in meiner Seele das Bewußtsein all des nicht zu Tragenden, des nicht zu Erfüllenden, der wirtschaftlichen Sklaverei, die dieser Vertrag uns auferlegt, zurück, gegenüber der ungeheuerlichen Zumutung: deutsche Männer, die in der Zeit des Krieges um die Existenz des deutschen Volkes das taten, was ihr Pflichtgefühl ihnen gebot, dieser Tatsache wegen der Rache des Feindes auszuliefern. Und doch mußte Deutschland auch diese Verpflichtung auf sich nehmen, wenn es sein Land vor einem Einbruch des Feindes und innerer Zerfleischung bewahren, sich selbst erhalten, seine Kriegsgefangenen zurückerhalten wollte.

Hat Deutschland darum seine Ehre preisgegeben? Nein, und nochmals nein! es hat es nicht getan. Wehrlos ist nicht ehrlos. Doch der, der einen Wehrlosen vergewaltigt, gibt seine Ehre preis. Wir sind wehrlos.

Wir hätten alles verloren?

Darf der Deutsche in diesem Augenblicke, wo er ruhmlos aus seinem tränenvollen Kriege geht, wo zwei übermütige Völker ihren Fuß auf seinen Nacken setzen und der Sieger sein Geschick bestimmt — darf er sich als Ehrenmann fühlen? Darf er sich seines Namens rühmen und freuen? Darf er sein Haupt erheben und mit Selbstgefühl auftreten in der Völker Reihe?

Ja, er darf! Er geht unglücklich aus dem Kampfe, aber das, was seinen Wert ausmacht, hat er nicht verloren. Wir hätten alles verloren, wenn wir auch unsere Würde und die Achtung vor uns selbst verlieren würden. Keine Macht der Welt, keine Gewalt der Waffen und kein erzwungener Vertrag kann uns den Glauben an die sittliche Kraft unseres Volkes rauben, wenn wir nur selbst gewillt und entschlossen sind, diesen Glauben mit jeder Faser unseres Herzens festzuhalten.

Wir haben den Krieg verloren, aber wir werden den gerechten Prozeß der Zeit gewinnen. „Dann endlich" — und diese Zuversicht gibt uns Schiller in seinem Fragment deutscher Gerichte — „endlich an dem Ziel der Welt, wenn anders die Welt einen Plan wenn der Menschen Leben irgend nur Bedeutung hat, endlich muß die Vernunft und Sitte siegen, die rohe Gewalt der Form erliegen."

So schrieb Schiller 1797.

Was unsern Wert ausmacht, wird dem Volke bleiben und es wird wieder auferstehen und ein Führer der Welt werden. Ich habe den Glauben an das deutsche Volk. Es wird die Ursachen des Krieges nicht nur in äußeren Momenten suchen, auch in sich selbst. Und es wird erstarken an innerer Kraft, an neuem sittlichen Geist, an innerer Würde.

Es wird den auf das rein Materielle gerichteten Geist, der in der letzten Kriegszeit so überhand genommen hatte, überwinden und das Gefühl der Gemeinsamkeit und Zusammengehörigkeit wird erstarken.

Dann, aber auch nur dann werden auch wir Deutschen wieder emporsteigen aus der Finsternis und Kühle des Tales, in der uns der verlorene Krieg gestellt hat, zu den lichten Höhen einer besseren Zukunft.

Eine militaristische Verschwörung.

Von Mannschaften des Korps Lüttwitz wird dem „Vorwärts" folgendes mitgeteilt: Am Montag nachmittag um 5 Uhr mußte das Reichswehrregiment 30 der Brigade Reinhard antreten. Der Oberst v. Hahnke hielt einen Vortrag über den Frieden, in dem er ausführte, daß nach der Ablehnung der einschränkenden Klausel durch die Entente der Frieden unannehmbar geworden sei. Er gab seiner Hoffnung Ausdruck, daß die Mannschaften derselben Meinung seien und verlangte, daß alle diejenigen, die gegen die Annahme des Friedens seien, auf die rechte, die übrigen auf die linke Seite treten. Da die Rede des Obersten keinen Zweifel gelassen hatte, welches Abstimmungsresultat er wünschte, und seitens der Vorgesetzten die schärfste Beeinflussung dieser Abstimmung vorgenommen wurde, erzielte Oberst v. Hahnke das gewünschte Resultat, daß alles rechts herausträt.

Darauf teilte Oberst v. Hahnke weiter mit: Mit einer Regierung, die diesen Frieden unterzeichne, könnte die Reichswehr nicht zusammenarbeiten. General v. Lüttwitz habe bereits mit verschiedenen führenden Politikern Stellung genommen, die ein neues Kabinett bilden sollten, und diese Regierung sollte dann unterstützt werden.

Unter den Unteroffizieren und Mannschaften der Brigade Reinhard herrscht starke Erregung. Das Resultat der Abstimmung entspricht durchaus nicht der inneren Ueberzeugung. Vor allen Dingen aber ist man in Unteroffiziers- und Mannschaftskreisen fest entschlossen, sich zu keinerlei reaktionären Putschversuchen mißbrauchen zu lassen. Unteroffiziere und Mannschaften stehen auf dem Standpunkt, daß selbstverständlich die von der Nationalversammlung anerkannte und bestätigte Regierung die einzig pflichtgemäße ist, der sie allein zu Gehorsam verpflichtet sind.

Eine Erklärung des Generals v. Lüttwitz.

Das Reichswehrgruppenkommando I teilt folgende Erklärung mit:

Die Regierung hat den Frieden bedingungslos angenommen. Die Reichswehr hat der Regierung durch ihre berufenen Vertreter rechtzeitig erklärt, daß die Annahme der Deutschland entehrenden Paragraphen, welche die Auslieferung deutscher Staatsbürger und das Anerkenntnis der alleinigen Schuld Deutschlands am Kriege enthalten, mit ihrer und des Vaterlandes Ehre unvereinbar sei. Ich halte an diesem Standpunkt unbedingt fest und werde ihn dem Reichswehrminister und preußischen Kriegsminister gegenüber erneut aufrecht zu erhalten wissen. Ich fordere Offiziere, Unteroffiziere und Mannschaften auf, mit mir ihren Dienst weiter zu tun und Ruhe und Ordnung im Deutschen Reiche restlos aufrecht zu erhalten.

Der kommandierende General
gez. Frhr. von Lüttwitz, General der Infanterie.

Aus der Schlußaufforderung dieser Erklärung läßt sich alles mögliche herauslesen.

Auf die Meldung der „Freiheit", daß der General v. Lettow-Vorbeck einen Staatsstreich zur Wiederherstellung der Monarchie plane, hat dieser sich beschränkt zu antworten: „Mir ist von diesen Gerüchten nichts bekannt." Von derartigen Putschversuchen abzurücken, hat der General nicht für notwendig gehalten, obwohl eine solche Erklärung wesentlich zur Beruhigung beigetragen hätte.

Was geht im Osten vor?

Die „Post" meldet: „Wie an Regierungsstelle erklärt wird, liegen dort positive Meldungen aus dem Osten nicht vor, weil anscheinend die Drahtverbindungen mit dem Osten unterbunden sind".

Dazu bemerkt die „Post":

Diese Erklärung deutet darauf hin, daß die von uns schon wiederholt angedeuteten Ereignisse, mit denen man für den Fall der Unterzeichnung des Schandfriedens und der sich daraus ergebenden Preisgabe unserer Ostmark rechnen mußte, ihre Schatten bereits vorauswerfen. Die nächsten Stunden sehen dürften uns im Osten vor Tatsachen stellen.

Das läßt tief blicken!

Aufruf der Reichsregierung.

An das deutsche Volk!

Die Reichsregierung hat mit der Zustimmung der Nationalversammlung erklärt, den Friedensvertrag zu unterschreiben, schwersten Herzens, unter dem Druck der rücksichtslosesten Gewalt, nur in dem einen Gedanken: Unserem wehrlosen Volke neue Kriegsopfer und Hungerqualen zu ersparen.

Der Friede ist geschlossen! Nun wahrt und sichert den Frieden!

Das erste Erfordernis ist: Vertragserfüllung!

Jede Anstrengung muß an die Erfüllung dieses Vertrages gesetzt werden, so weit er ausführbar ist, muß er ausgeführt werden! Nimmer werden wir derer vergessen, denen die Abtretung droht. Sie sind Fleisch von unserem Fleisch. Wir werden für sie eintreten, wo wir können, wie für uns selbst. Aus dem Staatsverbande können sie gerissen werden, aber nicht aus unserem Herzen.

Das zweite Erfordernis ist: Arbeit!

Die Lasten dieses Friedens können wir nur tragen, wenn keine Hand müßig ist. Für jede nichterfüllte Leistung können die Gegner mit Vormarsch, Besetzung oder Blockade antworten. Wer arbeitet, verteidigt den heimischen Boden.

Das dritte Erfordernis heißt: Pflichttreue!

Wie wir trotz aller Gewissensnot auf dem Posten geblieben sind, so muß es jeder einzelne machen! Der Soldat, und zwar Offiziere, Unteroffiziere und Mannschaften, der Beamte, jeder muß um des Ganzen Willen seiner Pflicht treu bleiben, auch in diesen bösesten aller bösen Tage. Man zwingt uns, Deutsche an feindliche Gerichte auszuliefern. Wir haben bis zum Aeußersten uns dagegen gewehrt. Für die tiefe Erbitterung unserer braven Truppen haben wir volles Verständnis. Aber wenn nicht Offizier und Mann jetzt noch fester für innere Ordnung eintreten helfen, so liefern wir nicht nur ein paar Hundert, sondern Millionen von Landsleuten aus und zwar der Okkupation, der Annexion, dem Terror! Deutschland muß lebensfähig bleiben. Ohne innere Ordnung keine Arbeit! Ohne Arbeit keine Vertragserfüllung! Ohne Vertragserfüllung keinen Frieden, sondern Wiederaufflammen des Krieges!

Wenn wir nicht alle mithelfen, ist die Unterschrift unter dem Vertrage wertlos, dann kann es keine Erleichterungen, keine Revisionen und kein schließliches Abtragen der ungeheuren Lasten geben. Was heute an Tagen versäumt wird, kann unsere Kinder Jahre der Knechtschaft kosten. Von heute müssen Volk und Regierung an die Arbeit gehen. Es darf keine Pause geben und kein Beiseitestehen. Es gibt nur einen Ausweg aus der Finsternis dieses Vertrages: Erhaltung von Reich und Volk durch Einigkeit und Arbeit!

Helft uns dazu, Männer und Frauen!

Der Reichspräsident:
Ebert.

Die Reichsregierung:
Bauer. Erzberger. Hermann Müller. Dr. David. Dr. Mayer. Wissell. Robert Schmidt. Noske. Giesberts. Dr. Bell. Schlicke.

Nationalversammlung.

42. Sitzung.

Weimar, 24. Juni 1919, vormittags 10 Uhr.

Am Regierungstisch: Bauer, Dr. David, Müller, Schmidt, Wissell.

Auf der Tagesordnung stehen zunächst kleine Anfragen.

Auf eine Anfrage der Abg. Gilsing und Gen. (Zentrum), ob die Regierung bereit sei, mit Rücksicht auf die Teuerung den Beziehern von Unfall- und Altersrenten eine Erhöhung der ihnen bereits zustehenden Zusatzrenten zu gewähren, und die dadurch entstehenden Kosten auf das Reich zu übernehmen, erklärt Kommissar des Reichsarbeitsamts

Dr. Löwe, eine allgemeine Erhöhung der Zusatzrenten ist zurzeit nicht möglich, weil weder Versicherungsträger noch das Reich in der Lage sind, die daraus sich ergebende Mehrbelastung zu tragen. Doch besteht die Absicht, der Nationalversammlung einen Gesetzentwurf vorzulegen, welcher, allerdings unter gleichzeitiger Heraufsetzung der Beiträge eine Erhöhung der Leistungen der Versicherungsträger vorsieht. Einstweilen sind die Gliedstaaten ersucht worden, in besonders dringlichen Einzelfällen durch Zuwendungen aus den Mitteln der Kriegswohlfahrtspflege einzugreifen.

Nach Erledigung einer Reihe weiterer Anfragen ohne allgemeines Interesse folgt die erste und zweite Beratung des Gesetzentwurfes: Landkrankenkassen, Kassenangestellte und Ersatzkassen.

Die Abgg. Jäcker (Soz.) und Brühl (U.S.) beklagen die Zerrissenheit des Krankenkassenwesens und fordern die weitere Revision des zweiten Buches der Reichsversicherung. Das Gesetz wird mit einigen Aenderungen in allen drei Lesungen verabschiedet.

Nächste Sitzung Dienstag, den 1. Juli, 3 Uhr. (Anfragen, Siedelungsgesetz und Verfassung.)

Die Diktatur des Klubs Cassirer.

Unserem Frankfurter Parteiorgan entnehmen wir folgende bezeichnende Ausführungen:

„In Berlin hat ein Wechsel im Bestand der Reichstruppen stattgefunden. Verschiedene Truppenteile wurden verlegt, andere traten an ihre Stelle. Die Unabhängigen, die sich bekanntlich eifrig an die Berliner Soldaten heranmachten, müssen jetzt sehen, wie sie die neuen Ankömmlinge für die Diktatur eines Klubs Cassirer gewinnen können, den sie als „Diktatur des Proletariats" zu bezeichnen belieben.

Der vielfache Millionär Paul Cassirer hat nämlich einen eleganten Klub gegründet, in dem der elegant gekleidete Teil der Berliner Unabhängigen sich ein Stelldichein gibt. Dort wurde neulich in einem Raum, dessen luxuriösen Stil der Geist von Cassirers graziösen Gattin, der unvergleichlichen Schauspielerin Tilla Durieux, die Herr v. Jagow einst vergeblich zu minnen suchte, beherrscht. In der Bellevuestraße im Berliner Westen hat der Klub Cassirer eine ganze Etage gemietet, in der jüngst verabredet wurde, wer die neue Revolutionsregierung übernehmen solle.

Der Chef des Klubs, der begüterte Herr Cassirer, vergrößerte sein enormes Vermögen in den neunziger Jahren durch Verkauf von Bildern aus den Kreisen der Berliner Sezession. Bei Kriegsausbruch meldete er sich als Kriegsfreiwilliger — nicht gerade in den Schützengraben, sondern als Mitglied des Kaiserlichen Automobilklubs, nicht ohne vorher die vaterländische Konjunktur für die Grundlage einer Luxuszeitschrift benutzt zu haben, die Liebermann und andere führende moderne Meister in den Dienst der Kriegsbegeisterung stellte. Paul Cassirers persönliche Kriegsbegeisterung ließ etwas nach, als aus dem Kaiserlichen Automobilkorps die kriegsverwendungsfähigen Mitglieder in Infanterieuniform gesteckt wurden. Gute Beziehungen lösten ihn aber von diesem Schicksal bald ab und sandten ihn für Zwecke der „deutschen Kulturpropaganda" in die Schweiz. Als im Sommer 1918 das deutsche Kriegsglück im Westen sich wendete, fühlte der Millionär in seinem kaufmännischen Instinkt, daß hohe Buchhändlergewinne nur noch mit Radikalismus zu erzielen seien. Er schloß sich plötzlich der Partei der Unabhängigen an; vereinbarte Verlagsverträge mit den hervorragendsten Schriftstellern der U. S. P.

Im Klub Cassirer, von dem gewöhnliche „Proleten" ferngehalten werden, wie ein Kompostbaufen vom Speisezimmer des Königs von England, verkehren Herr Dr. Breitscheid, Exminister Simon, der Chefredakteur der „Freiheit", Dr. Hilferding, und Helmut v. Gerlach, der in seiner „Welt am Montag" alle Parteien außer den Unabhängigen und Kommunisten herabsetzt.

Die Verschwörer des Klubs Cassirer lieben nicht Gewalt. Sie wollen „die Revolution weitertreiben", indem sie den Kommunisten und erregten Proletariern, die die „Freiheit" lesen, überlassen, sich gegen die Maschinengewehre der „Noske-Garde" aufzulehnen. Mißlingt der Putsch, so legen sie in der „Freiheit" dar, daß sie die kommunistische Taktik immer schon ablehnten. Glückt die Revolte, so stürzen sie vom Klubsessel in der Bellevuestraße schnell auf und eilen spornstreichs auf die Straße mit dem Rufe: „Genossen, wir haben gesiegt!"

Und dann verteilen die Mitglieder des Klubs Cassirer untereinander die Ministerposten und sonstigen Stellen der Staatswürdenträger. Einstweilen werden die Herren, wenn sie einander begegnen, nur lächeln, wie die römischen Auguren, jener Wahrsager, die sich gegenseitig kannten."

Politische Rundschau.

Deutschland.

Die Kampfansage der Deutschen Volkspartei.

Die Deutsche Volkspartei der Nationalversammlung versendet einen Aufruf an das deutsche Volk, der eine offene Kampf-

anfrage an die Regierung darstellt. Wir entnehmen ihr folgende Stellen:

Die Deutsche Volkspartei drängt es, in dieser Stunde endgültiger Zertrümmerung deutscher Größe das freimütige Bekenntnis vor der Nation abzulegen, wie fern sie den politischen Mächten steht, die es über sich bringen, das uns von haßerfüllten Feinden angesonnene Todesurteil zu unterzeichnen.

Das deutsche Volk hat sich so oft aus tiefster nationaler Not zu neuem Leben emporgerungen, die Weltgeschichte hat so oft ein gerechtes Gericht gehalten, daß wir die Waffen des politischen Kampfes um Deutschlands Erneuerung nicht mutlos senkten, sondern laut ins Land den Ruf erschallen lassen: Deutschland ist tot! Auf zum Kampf für ein neues Deutschland! Zurück von den Mächten der Zersetzung und Auflösung der Ordnung! Hinweg mit der nationalen Schwäche und Mutlosigkeit würdeloser Tage.

Trotz aller diplomatischen Redewendungen ist der Aufruf als Kampfansage nur zu deutlich. Seine Tendenz deckt sich durchaus mit den Bestrebungen der Gegenrevolutionäre, nur daß diese sich nicht so sehr genieren, mit der Wahrheit herauszurücken! Die Regierung möge acht haben!

Scapa Flow.

Nach dem „Echo" vertritt der Viererrat einstimmig die Ansicht, daß von Deutschland für die Versenkung der Kriegsschiffe Wiedergutmachung gefordert werden müßten. Wahrscheinlich wird man keine neue Geldentschädigung fordern, da von Deutschland auf Grund des Vertrages bereits weitestgehende finanzielle Wiedergutmachung gefordert wird. Man sucht nach einer Art der Wiedergutmachung, die einen wirklichen Eindruck auf die Einbildungskraft Deutschlands machen kann. Das Blatt spricht davon, daß vielleicht eine ständige oder zeitweilige Besetzung des Kieler Kanals oder die Wiedereinsetzung eines internationalen Kontrollausschusses über den Kieler Kanal, der ursprünglich vorgesehen, nachträglich aber nicht gefordert war, von dem Viererrat erwogen wird. Die „Evening News" meldet, daß es gelungen ist, 2 oder 3 Kreuzer und drei Zerstörer wieder flott zu machen.

Die Weimarer Abstimmung.

Die amtlichen Abstimmungslisten über den Antrag Schulz-Gröber: „Die Nationalversammlung ist mit der Unterzeichnung des Friedensvertrages einverstanden" liegen jetzt vor. Für den Antrag haben gestimmt: das Zentrum mit Ausnahme des in Oberschlesien gewählten Abg. Sitta und des Abg. Schneider-Franken; ferner die Mehrheitssozialisten und 6 demokratische Abgeordnete: Hermann (Württemberg), Meißner, von Payer, Freiherr v. Richthofen, Vershofen und Zöphel. Der Abstimmung enthalten haben sich die bayerischen Bauernbündler Bachmeier, Dirr, Eisenberger, Dr. Heim und Irl, ferner der demokratische Abg. Schneider-Sachsen. Gegen die Unterzeichnung haben gestimmt: die beiden Rechtsparteien, alle übrigen demokratischen Abgeordneten und die Welfen Alpers, Colshorn und Langwost. Gefehlt haben bei der Abstimmung u. a. Scheidemann sowie die preußischen Minister Heine und Stegerwald, die bayerischen Minister Hoffmann und Auer, sowie mehrere sozialdemokratische Abgeordnete, die nicht offen gegen ihre Fraktion stimmen wollten und daher der Abstimmung fernblieben, u. a. Winnig, der Reichskommissar der besetzten Gebiete im Osten.

Abschiedsbriefe.

Ein Regierungswechsel verursacht manche Arbeit. Graf Brockdorff-Rantzau hat an den Reichspräsidenten ein langes Schreiben gerichtet, in dem er seinen Rücktritt rechtfertigt. Er erhielt von Ebert ebenfalls einen inhaltsvollen, die Arbeit des Außenministers anerkennenden Brief. An Scheidemann schreibt Ebert:

Lieber Scheidemann! Die durch die Gewalt der Ereignisse herbeigeführte Demission des Kabinetts hat unsere gemeinsame Arbeit an der Spitze des Reiches jäh unterbrochen. Nachdem wir Schulter an Schulter während des ganzen Krieges gegen die Gewalttätigkeiten des alten Regimes bis zum endlichen Sturz gekämpft, die stürmischen Zeiten der Novembertage des vorigen Jahres und die nicht weniger unruhige Periode des Koalitionskabinetts mit dem Zweifrontenkrieg nach rechts und nach links durchgemacht, zwingt uns jetzt die harte Faust der Sieger, unsere Wege zu trennen. Ich brauche nicht auszudrücken, wie nahe mir diese Trennung geht; dagegen möchte ich nicht versäumen, Dir neben dem persönlichen Dank für die Treue der Genossenschaft dieser Zeiten auch als Reichspräsident offiziell aufs wärmste für alles zu danken, was Du in diesen Jahren und besonders in der Zeit unserer gemeinsamen Regierungstätigkeit für das Wohl des Vaterlandes geleistet hast. Ich wünsche Dir und uns allen, daß Du in Deiner Eigenschaft als Parlamentarier und Führer der größten politischen Partei Deutschlands in Kraft und Gesundheit wirken möchtest, um beizutragen zu dem für mich und für alle, die unser Vaterland kennen, unzweifelhaften Wiederaufschwung Deutschlands.

Ein alldeutscher Provokateur.

In der „Deutschen Tageszeitung" regt sich wieder einmal Graf Reventlow. Er glaubt seine und seiner Gesinnungsgenossen Zeit gekommen oder doch in greifbarer Nähe; denn er hält es für angebracht, eine Mahnung an die Freiwilligenverbände zu richten, nicht zu resignieren, sondern auf der Hut zu sein, wenn der alldeutsche Ruf ergeht. Er schreibt:

„Verloren und erledigt ist nur, was man selbst aufgibt, und man selbst ist dann in allererster Linie erledigt und verloren. Im Gegenteil, gerade jetzt heißt es für alle, die zum nationalen Banner halten, ihren Willen und ihre Kraft verdoppeln und nicht müde werden. Das gilt vor allem auch für die militärischen Freiwilligenverbände, für diejenigen Elemente in ihnen, die den alten aufopfernden, nur die Pflicht kennenden Geist des alten deutschen Heeres verkörpern, mögen sie nun aus dem Offizier- und Unteroffizierkorps oder von den Hochschulen oder aus anderen Berufen kommen. . . . . Ihr aufopfert euch nicht für diese Regierung, für dieses Regime, sondern für das Ganze. Ihr seid bis jetzt der einzige Damm, der die Unabhängigen und ihre linken Brüder gehindert hat, ihre Herrschaft aufzurichten und alles zugrunde zu richten."

Der Graf ist rabiat, er möchte ein bißchen Revolution machen. Vielleicht wird dem alldeutschen Kriegshetzer einmal gezeigt, wo sein Platz sein mag. Es käme jedenfalls mehr Gefahr für den Bestand des Reiches heraus, als sich bei dem Ledebour-Prozeß gezeigt hat, mit dem nebenbei gesagt die Ankläger schwer hineingelegt worden sind.

Französischer Siegesjubel.

On les a (Man hat sie) druckt das „Petit Journal" mit Riesenlettern als Ueberschrift seiner Siegesnummer und diese jubelnde Freude, daß Deutschland am Boden liegt, zieht durch die ganze Presse. In Paris und Versailles war in der Nacht Volksfest. Der erste Schuß auf der Esplanade des Invalides wurde in Gegenwart Clemenceaus abgefeuert. Dann läuteten die Glocken. Die Sirenen, die während des Krieges vor Luftangriffen warnten, begannen ihr melodisches Geheul und vor den Cafés spielten die Orchester patriotische Lieder.

Wie die „Vossische" behauptet, hatten die Franzosen bereits 12 Kanonenboote auf dem Rhein bereit, um den deutschen „Widerstand" niederzukämpfen. Ferner waren schwarze Sturmtruppen bereitgestellt, und im Taunus waren Geschütze eingegraben. Am Abend flammten im Taunus zahlreiche französische Freudenfeuer und Leuchtraketen auf.

Wie „Echo" erfährt, gab Clemenceau in der Ueberzeugung, sein Werk, wofür er das Amt übernommen habe, durchgeführt zu haben, die Absicht kund, zurückzutreten, sobald der Friedensvertrag unter Dach und Fach ist.

Der Friedensvertrag soll erst am Sonnabend unterzeichnet werden.

Erzberger, der Sündenbock.

Die „Vossische Ztg." meldet aus Weimar: In der Nacht erschien eine Anzahl Soldaten vor dem Schloß, um Erzberger herauszuholen, dem sie die Schuld an der Unterzeichnung geben. Viele Stunden lang harrten die Leute vor dem Regierungsgebäude vergebens aus, um Erzberger abzufassen. — Die Abgeordneten Dr. Heim und Schneider-Pfalz sind aus der Zentrumsfraktion ausgetreten, weil sie mit der Abstimmung der Zentrumsfraktion in der Friedensfrage nicht einverstanden sind.

Militärisches.

An Truppen des Märkischen Landesjägerkorps hielt Reichspräsident Ebert eine Ansprache, in der er den Gewaltfrieden brandmarkte und an die soldatische Pflichterfüllung appellierte. Führer und Mannschaften hätten Deutschland vor dem Abgrund und der Anarchie bewahrt. Deutschland müsse durch den Sumpf durch, dürfe nicht kleinmütig werden. Ebert brachte ein Hoch auf das deutsche Vaterland aus, das dann auf der „begeisterten" Seite in das Lied „Deutschland, Deutschland über alles" ausartete.

In einer Konferenz des Reichswehrministers Noske mit den Führern der Freiwilligen-Verbände-Berlin gab Noske den Truppenführern einen Ueberblick über die Vorgänge der letzten Tage in Weimar und wies darauf hin, daß die Erhaltung der Freiwilligen-Verbände unter ihren bewährten Führern im gegenwärtigen Augenblicke im Interesse des Vaterlandes dringend nötig sei. Die Generale stimmten mit dem Reichswehrminister darin überein, daß es jetzt die Pflicht und Schuldigkeit jedes guten Deutschen sei, dem Vaterlande seine Dienste nicht zu versagen und für Ruhe und Ordnung zu sorgen.

Protest der sozialdemokratischen Arbeiter in Polen.

Die Thorner sozialdemokratischen Arbeiter sprachen sich scharf gegen die Bestrebungen aus, in der Ostmark kriegerische Maßnahmen gegen Polen zu ergreifen, um im Osten einen neuen selbständigen Staat zu erhalten. Der Protest gegen den Gewaltakt, der Westpreußen, Land und Leute, wie Ware an einen anderen Staat verschachert, wurde erneuert. Die sozialdemokratischen Arbeiter Polens stehen nach wie vor auf dem Standpunkt, daß für die gedeihliche Fortentwicklung der kulturellen Verhältnisse das Verbleiben bei der deutschen Regierung nötig ist. Sie geben der Hoffnung Ausdruck, daß die proletarische Umsturzbewegung in der Welt dereinst die Möglichkeit geben wird, das heute vergewaltigte Recht der Selbstbestimmung auszuüben. Fester als unter der deutschen Regierung müssen die Arbeiter, Deutsche wie Polen, unter polnischer Herrschaft zusammenstehen, damit sie nicht überwältigt und geknechtet werden.

Vor der Besetzung Oberschlesiens.

Die Tel. Union verbreitet folgende Meldung: Durch die „Gazetta Robotnicza" wird nunmehr die deutsche Annahme, daß die Besetzung Oberschlesiens durch polnische Truppen, nämlich der Armee Haller, erfolgt, bestätigt. Die Besetzung wird nach dem genannten Blatte nach Ablauf der Unterzeichnungsfrist unverzüglich erfolgen. Wie dazu von militärischer Stelle mitgeteilt wird, werden die Hallerschen Truppen einen blutigen Empfang erhalten.

Durch die seitens der Alliierten geforderte bedingungslose Unterzeichnung des Friedensvertrages ist für die deutschen Ostmarken eine neue Sachlage geschaffen worden. Jeder Versuch von polnischer Seite, vorzeitig durch gewaltsamen Einmarsch die beanspruchten Gebietsteile zu bekommen, wird von deutscher Seite mit den Waffen zurückgewiesen werden. In der Entschlossenheit bis zum äußersten ist sich der gesamte Osten einig.

Ungarr.

Waffenstillstand zwischen Ungarn und Tschechen. Der Oberkommandierende der tschechischen Truppen, der französische General Pellé, hat an den Kommandierenden der ungarischen Truppen eine Note gerichtet, wonach die Feindseligkeiten am 24. Juni, 5 Uhr morgens, eingestellt werden sollen und die Ungarn sich 15 Kilometer weit zurückzuziehen haben. Die Ungarn haben diesen Forderungen zugestimmt.

Bulgarien.

5 Milliarden Vorschußzahlung. Wie das „Journal de Genève" von autoritativer Seite erfährt, werden dem bulgarischen Bevollmächtigten die Friedensbedingungen demnächst übergeben werden. Bulgarien soll im Verlauf einiger Jahre zur Zahlung von 5 Milliarden und außerdem zu einer Entschädigung und zur Vorwegnahme eines Teiles seiner Lebensmittellieferung zugunsten der Alliierten sich verpflichten. Ferner soll es an Serbien und Rumänien alle diesen Ländern weggenommenen Gebiete zurückgeben.

England.

Die Sozialisierung des Kohlenbergbaus. Die Kommission, welche die Kohlenbergbauindustrie zu untersuchen hat, hat ihren Bericht über die Verstaatlichung des Bergbaues eingereicht. Der Bericht des Vorsitzenden Sankey, der in dem Bericht der Vertreter der Bergarbeiter am meisten unterstützt wird, empfiehlt die Verstaatlichung nach einer Frist von 3 Jahren. In der Zwischenzeit sollen die Bergwerke unter Verwaltung eines Rätesystems gestellt werden, in dem auch die Bergarbeiter vertreten sein sollen. Der Bericht der Eigentümer spricht sich ebenfalls zugunsten eines Rätesystems aus, behauptet aber, daß die Verstaatlichung für das Wirtschaftsleben des Landes nachteilig ist.

Amerika.

Amerika will Europa nicht länger als nötig ernähren. „New York Herald" berichtet, daß die amerikanische Regierung sich gegen den Vorschlag Englands, den Obersten Wirtschaftsrat nach dem Kriege weiterbestehen zu lassen, erklärte. Hoover teilte im Namen der amerikanischen Regierung mit, daß die Vereinigten Staaten nicht beabsichtigen, Europa länger als unbedingt nötig zu ernähren. Die Amerikaner wünschen keinen neuen bureaukratischen Organismus ins Leben zu rufen. Außerdem sind sie überzeugt, daß in Europa rascher die normalen Zustände zurückkehren, wenn die Länder gezwungen werden, selbst so viel wie möglich die Produktion zu vergrößern.

Kleine politische Nachrichten.

Gegen den Boykott der Reichswehr und wirtschaftliche Bedrohung erließ Noske eine Verordnung. Auch gegen die Presse, die sich in Beschimpfungen ergeht, soll vorgegangen werden. Die Anordnung bezieht sich auf Berlin, Spandau, Teltow und Niederbarnim.

Wirtschaftliches.

Die Senkung der Frühobstpreise

haben die Berliner Großhändler von den Werdener Produzenten erzwungen. Die Kleinhändler bohrten nach und so wurde der Preis statt 2 und 3 Mark für Kirschen und Erdbeeren auf 1 resp. 2 Mk. festgesetzt. Im Kleinhandelsverkauf kosten die Kirschen nun 1,35 und Erdbeeren 2,60 Mk. Eine weitere Herabsetzung des Erzeugerpreises wird in diesen Tagen vorgenommen. — Wenn etwas Dampf dahinter gesetzt wird, dann können die nimmersatten Erzeuger überall zur Vernunft gebracht werden. „Verdienen" können sie auch bei diesen Preisen groß schreiben.

Aus Lübeck und den Nachbargebieten.

Mittwoch, 25. Juni.

Eine Versammlung der Bürgerschaft findet am Montag, dem 30. Juni, abends 6 Uhr, statt.

Spartakus arbeitet. Es ist durchaus begreiflich, daß, nachdem es gelungen ist, die Arbeitslosigkeit zu einem großen Teil zu unterbinden, den Spartakisten die beste Waffe verloren gegangen ist. Sie suchen nach neuen Mitteln. Für diesen Zweck hat man sich die unerfahrene Jugend ausgesucht. Schon vor etwa vier Wochen nahm man einen Anlauf dazu, rief eine öffentliche Jugendversammlung unter der Firma „Internationaler Jugendbund" im Konzerthaus Fünfhausen ein und Herr Haase vom Seemannsbund als Referent hielt in seiner Ahnungslosigkeit, anstatt für den internationalen Jugendbund, eine kräftige Agitationsrede für die seit langen Jahren im ganzen Reiche bestehende „freie Jugendorganisation". Kein Wunder, daß die Gründung des internationalen Jugendbundes nicht nur nicht zustande kam, sondern die „freie Jugend" eine ansehnliche Anzahl neuer Mitglieder aufnehmen konnte. Von diesem Schrecken mußten diese Leute sich natürlich erst wieder erholen und so haben sie ihrem Opfer einen anderen Namen gegeben: „Freie sozialistische Jugend". Ihre erste Aufgabe war die Herausgabe eines Flugblattes, das u. a. folgende Stelle aufweist: „Die freie sozialistische Jugend" weiß ferner, daß die wirtschaftliche Befreiung nicht möglich ist. Sie nimmt deshalb am politischen Leben regsten Anteil und steht im politischen Kampf auf dem Boden des revolutionären Proletariats. Sie verwirft den Parlamentarismus, — die National- und Landesversammlungen — als Einrichtungen des bürgerlichen Staates. Sie erkennt in dem Rätesystem die Staatsform der Zukunft. Sie fordert das Wahlrecht zu den Räten nur für das arbeitende Volk. Nur hierdurch kann das Proletariat entscheidenden Einfluß auf Staat, Wirtschaft und Gemeinde erlangen, nur so kann die Herrschaft des Bürgertums durch die Herrschaft des arbeitenden Volkes abgelöst werden. Sie erstrebt in diesem Sinne die einzig berechtigte Ordnung: die Diktatur des Proletariats." Wir haben es hier mit einer fluchwürdigen verbrecherischen Irreführung der Jugend durch unklare Phantasten zu tun, die ihre Wirkung bereits bei den Januarkämpfen in Berlin hatte, wo 16- und 17jährige Jünglinge ihr Leben für sie lassen mußten. Seien wir uns darüber klar, die spartakistische Jugendbewegung appelliert nicht an den Kampf des Geistes, sondern an die rohe zügellose Gewalt. Freilich wird man erst versuchen, unter einer versteckten Maske seine Reihen zu füllen, aber wir dürfen uns nicht täuschen lassen. Eure Pflicht, Arbeitereltern, aber muß es sein, darauf zu achten, welcher Organisation Eure Töchter und Söhne angehören, denn die kommunistische Jugendorganisation, die den Nachwuchs für die Spartakisten heranziehen soll, handelt ebenso verbrecherisch wie die nationalistische bürgerliche Jugendpflege. Sorgt dafür, daß Eure Töchter und Söhne im Geiste des Sozialismus erzogen werden. Diese Erziehungsarbeit leistet aber nur die „Freie Jugendorganisation". Sie strebt danach, daß die Lücke der bisherigen Schulbildung ausgefüllt und die Jugendlichen im Geiste der neuen Zeit erzogen werden. Sie erzieht Eure Töchter und Söhne zur Solidarität und zum Klassenbewußtsein und will Euren Kindern den hohen Zweck des Sozialismus lehren. Der Sozialismus aber ist eine Wissenschaft und nicht von heute auf morgen zu erfassen, auch nicht durch Einpauken von leeren Phrasen zu begreifen. Dazu gehört vielmehr eine planmäßige Bildungsarbeit. Sie will, daß sich die arbeitende Jugend bei fröhlichem Spiel und Wanderungen, gesundem Sport, froher Unterhaltung und guter Lektüre von der Werktagsarbeit erholen kann. Sie verlangt aber auch, daß die Jugendschutzbestimmungen bedeutend erweitert werden. Dazu gehört Verkürzung der Arbeits- und Lehrzeit, Erhöhung des Kostgeldes, Gewährung von Erholungsurlaub. Die Jugend soll spüren, daß ein andere Wind durch ihr Vaterland weht und daß ihre körperlichen und geistigen Leiden nicht vergessen sind. Darum, Arbeitereltern, schickt Eure Söhne und Töchter in die „Freie Jugendorganisation". Ihr eigenes Jugendheim befindet sich Wahmstraße 58 I und ist wochentags abends von 7½ bis 9½ Uhr geöffnet.

Einwohnerwehr. Nachdem die Bürgerschaft in ihrer letzten Sitzung in erster Lesung die Gründung einer Einwohnerwehr beschlossen hat, erläßt das Polizeiamt heute eine Bekanntmachung, wonach alle männlichen Einwohner Lübecks, die das 24. Lebensjahr vollendet haben und militärisch ausgebildet sind, in die Wehr aufgenommen werden können. Anmeldungen für die Einwohnerwehr werden entgegengenommen bei den Polizeiwachen (Kanzleiwache, St. Gertrudwache, St. Jürgenwache und St. Lorenzwache), auf den Polizeistationen in Travemünde, Schlutup, Kücknitz, Siems und Moisling, sowie im Geschäftszimmer des Gewerkschaftskartells, Johannisstraße Nr. 48, und im Geschäftszimmer des Rates der Vereinigten Berufe, Königstraße Nr. 51. Im Geschäftszimmer des Rates der vereinigten Berufe ist die Meldezeit auf die Zeit von 3 bis 6 Uhr nachmittags beschränkt. Die Militärpapiere sind mitzubringen. Die Meldung kann auch schriftlich bei den genannten Stellen erfolgen unter Beifügung folgender Angaben: Familien- und Rufname, Datum und Ort der Geburt, Wohnort, Straße, Hausnummer, Stand, Militärdienstgrad. Für das Landgebiet werden besondere Anweisungen ausgegeben. Wir weisen darauf hin, daß es die Pflicht der Arbeiter und Parteigenossen ist, sich zahlreich und rechtzeitig zu der Einwohnerwehr zu melden. Da die Wehr zukünftig gegebenen Falles wichtige Aufgaben zu erfüllen hat, so ist es für die Arbeiter von größter Bedeutung, daß sie entsprechend ihrer Zahl und Macht in der Wehr vertreten sind. **Parteigenossen, Arbeiter, meldet Euch zur Einwohnerwehr!**

Ueber die Behandlung der für die Säuglingsernährung bestimmten Milch wird uns vom staatlichen Kinderarzt beim Jugendamt geschrieben: Es besteht vielfach im Publikum die Meinung, daß eine gesäuerte Milch in jedem Falle für die Säuglingsernährung untauglich sei. Diese Auffassung ist nur bedingt richtig. Leichte Grade der natürlichen Säuerung (Milchsäuregärung) werden von Säuglingen im allgemeinen ohne Störung vertragen. Ist doch auch die bekannte Heilnahrung für kranke Säuglinge, die sogenannte holländische Buttermilchsuppe eine saure Nahrung. Bei der heute in Deutschland vielerorts herrschenden Milchkalamität, kommt die Milch oft bereits leicht sauer in die Hände des Verbrauchers und gerinnt auch bei sofortigem Abkochen mehr oder minder stark klumpig. Die meisten Mütter halten nun eine derartig geronnene Milch für ungeeignet als Säuglingsnahrung und geben statt dessen Haferschleim, Gerstenschleim oder Mehlabkochun-

gen, kondensierte Milch und dergl. Häufen sich die Tage, wo die Milch sauer wird, und das wird jetzt in der heißen Jahreszeit vielfach der Fall sein, so kommt es schließlich dazu, daß in vielen Haushaltungen die Ernährung mit Kuhmilch überhaupt aufgegeben wird, und der Säugling wochenlang Mehl- oder Schleimabkochungen erhält. Das geht in vielen Fällen auch eine zeitlang ganz gut; bei einer Anzahl von Kindern hat diese einseitige milchfreie Ernährung jedoch ein Krankheitsbild, den Mehlnährschaden zur Folge, der eine außerordentlich ernste, schwer zu heilende Schädigung darstellt. Es ist deshalb vor zu langer ausschließlicher Mehlernährung zu warnen. Wie soll nun also verfahren werden? Auf Grund gemachter Erfahrungen kann eine leicht saure Milch unbeschadet ihres Säuregehaltes nach Prof. Hamburger wie folgt verwendet werden: Man erhitzt in einem Eßlöffel etwas Milch. Tritt keine Gerinnung ein, so wird sofort die ganze Milchmenge abgekocht, schnell abgekühlt, gut zugedeckt, in einen großen Topf mit kaltem Wasser hineingestellt, das häufig gewechselt werden muß und an einem kühlen Orte aufbewahrt. Gerinnt die Milch, dann wird eine Mehl- oder Schleimabkochung hergestellt, etwas abkühlen gelassen und mit der — ungekochten — Milch in der dem Alter des Kindes entsprechenden Menge verdünnt und gezuckert. Darauf wird das Ganze aufgekocht und wie oben in gleicher Weise aufbewahrt. Die gesäuerte Milch gerinnt dann feinflockig und ist gut verträglich.

Anmeldung und Sicherung deutscher Guthaben in Ungarn. Angesichts der Vorgänge in Ungarn und zufolge der von der ungarischen Räteregierung erlassenen Verordnungen, wonach die Forderungen und Guthaben, die Ausländer in Ungarn besitzen, bei der Sowjetregierung anzumelden sind, hat der Deutsch-Oesterreichisch-Ungarische Wirtschaftsverband in Berlin eine Schutzstelle für deutsche Guthaben in Ungarn errichtet, die insbesondere die Interessen der deutschen Industrie und des deutschen Handels wahrnimmt. Die Schutzstelle wird mit allen geeigneten Mitteln bestrebt sein, die Geltendmachung, insbesondere die Sicherung der Ansprüche durchzusetzen. — Um den in Deutschland ansässigen Gläubigern die Wahrnehmung der von der ungarischen Sowjetregierung festgesetzten Fristen zu ermöglichen, hat eine größere Zahl deutscher Handelskammern Anmeldestellen für die Guthaben und Forderungen eingerichtet, bei denen die für die Guthabenbeträge erforderlichen Formulare kostenfrei erhältlich sind.

Arbeiterbildungsbestrebungen. Am Donnerstag, dem 26. Juni, findet abends 8 Uhr im kleinen Saal des Gewerkschaftshauses eine Versammlung des Arbeiterbildungsvereins statt, in dem Genosse Schermer über das Thema „moderne Schulfragen" sprechen wird. Besonders wird der Vorlesende auf die Einheitsschule und die Volkshochschule zu sprechen kommen. An den Vortrag wird sich eine Aussprache anknüpfen. Da die behandelten Fragen zweifellos zurzeit von außerordentlicher Wichtigkeit sind, da von dem Ausbau unseres Schulwesens unsere Zukunft abhängig ist, erwartet der Vorstand, daß die Mitglieder möglichst zahlreich erscheinen und recht viele Freunde unserer Bildungsbestrebungen mitbringen werden.

Städte-Fußball-Wettkampf Hamburg—Lübeck. Am letzten Sonntag weilten unsere Arbeiter-Turner mit ihren 1a-Mannschaft in Hamburg, um gegen die Städte-Mannschaft Hamburg einen Kampf zu führen, da an diesem Tage in Hamburg ein Arbeiter-Sportfest stattfand. Hamburg hatte von je einem Verein den besten Spieler gestellt, da man den Lübeckern (laut Hamburger Sportzeitung) nur eine ausgesuchte Mannschaft entgegenstellen durfte. Lübeck hatte eine neue Kraft zubekommen, und zwar den linken Verteidiger, welcher brillant spielte. Zu diesem Spiele hatten sich weit über 2000 Zuschauer eingefunden; es herrschte Ruhe und Spannung während des Spieles. Die Zuschauermenge war, als die Lübecker Mannschaft auf dem Platze erschien, etwas erstaunt über die „kleinen Figuren", wie sie sich ausdrückten; entgegen der Hamburger Mannschaft, welche an Körpergröße weit überragten; so regte sich bei den Zuschauern etwas Mitleid für die Lübecker. Sie wurden aber gleich eines anderen belehrt. Gleich nach Anfang setzten sich die hiesigen Turner vor dem Hamburger Tor fest und der Torwächter bekam harte Arbeit; ein tadelloser Eckball von links, wurde von Süße in schöner Weise leider eine Handbreit über die Torlatte gefetzt, und die Hamburger atmeten erleichtert auf. Der Kampf wogte nun auf und ab, der Ball berührte nur wenig den Boden, da die Hamburger ein schönes Hach- und Kopfspiel vorführten und dadurch die Lübecker etwas im Nachteil waren. Bis Halbzeit konnte von keiner Partei ein Erfolg erzielt werden. Nach Wiederbeginn setzte abermals ein rasendes Tempo ein. Der rechte Verteidiger Hamburgs berührte den Ball mit der Hand; ein Strafstoß für Lübeck wird von Liebschwager eingesandt, 1 : 0 für Lübeck. Gleich darauf ereignete sich derselbe Fall vor Lübecks Tor; der darauf folgende „Elfmeter" wurde in guter Manier von Heitmann gehalten und tosender Beifall wird ihm dafür gezollt. In der 20. Minute kommt Hamburg gut durch und der Ball sitzt in der linken Ecke; 1 : 1. Die Spannung wird aufs höchste gesteigert. Wer wird Sieger? Die kleinen Lübecker arbeiten wie die Ameisen und nur durch ihr von den Hamburger anerkanntes gutes Kombinationsspiel kommen sie vorwärts; es schien als sollte der Kampf unentschieden bleiben. 4 Minuten vor Schluß, verwirkt ein Hamburger einen Freistoß, dies wurde von dem Schiedsrichter (absichtlich oder unabsichtlich) nicht bemerkt; die Lübecker Hintermannschaft stoppt darauf, der Ball wurde ungehindert vor das Tor der Lübecker gebracht, da der Schiedsrichter nicht gepfiffen hatte und dies von Lübecks Hintermannschaft zu spät erkannt wurde, konnte die Mittelstürmer Hamburgs das zweite Tor einsenden. So endete der schöne flotte Kampf mit 2 : 1 für die Städte-Mannschaft. Die hiesigen Turner können mit diesem Resultat zufrieden sein. Am gleichen Tage spielte auf dem Kasernenhofe die 1b-Mannschaft der Lübecker Turner gegen die 1a der Bergedorfer und konnte den Sieg mit 6 : 2 für sich einheimsen. Die dritte Mannschaft dagegen mußte sich gegen die 2. Mannschaft der Bergedorfer mit 3 : 1 geschlagen bekennen, spielte jedoch mit einigen Ersatzleuten.

Diebstahl. Von einer im hiesigen Hafen liegenden Segeljacht wurde ein Kompaß von 25 cm Durchmesser mit braun lackierter Metallhaube gestohlen.

Festgenommen wurde ein Tischlergeselle aus Oels, der einem Arbeiter einen Geldbetrag und Lebensmittelausweise gestohlen hatte.

Schwartau. Ueber die Haussuchungen nach Lebensmitteln in Hotels und Pensionaten durch die Arbeiterschaft ist die Bürgerschaft und die Schwartauer Zeitung empört. Der Arbeiterrat erklärte, daß er diese Haussuchungen nicht veranlaßt hat. Das Ergebnis der Haussuchungen zeigte aber, wie durch den Schleichhandel das „bessere Publikum" sich versorgt. Die Kurgäste kommen nicht alle wegen der guten Luft, sondern um besser leben zu können, nach Schwartau. Wie selbst Bürgerliche zugeben, ist bei den Haussuchungen alles in bester Ruhe und Ordnung zugegangen. Trotzdem protestierte die deutschnationale Volkspartei bei der Regierung in Eutin und in Oldenburg gegen Vergewaltigungen und erhoben den Ruf nach einer Einwohnerwehr.

Hamburg. Die Ausartung des Volksgerichts. Die durch die Aufdeckung der Schweinereien in der Heilschen „Sülze"fabrik entfesselte Empörung breiter Volksmassen schlug auch am Dienstag noch hohe Wogen. Zu unserem gestrigen Bericht über die Vorgänge ist noch nachzutragen, daß die aus den verschiedenen Betrieben herausgeholten Arbeiter und Arbeiterinnen nach stundenlangem Umherfahren auf einem Blockwagen endlich in Schutzhaft genommen wurden, um sie vor der Wut der erregten Volksmenge zu schützen. Unterwegs wurden die Schuldigen von Zeit zu Zeit gezwungen, von der in einem Kübel mitgeführten Sülze zu essen. In den Nachmittagsstunden kam es dann in den verschiedensten Stadtteilen zu erneuten Ausschreitungen und Stillegung mehrerer Konservenfabriken und ähnlicher Unternehmungen. Die erregte Menge drang in den betreffenden Betrieb ein, holte die zur Herstellung der Konservenfabrikate verwendeten Rohmaterialien hervor und verabreichte den in den Geschäfts-, resp. Fabrikräumen Angetroffenen eine gehörige Tracht Prügel. Gewöhnlich wurden die vorgefundenen Felle usw. auf einen Wagen geladen und durch die Straßen gefahren, wenn nicht der Angestellte gezwungen wurde, einzelne Stücke der Bestandteile dem Zuge vorzutragen. Der Meister einer Fabrik mußte während der ganzen Fahrt durch die Stadt ein Plakat über seinem Kopfe halten, auf dem die Worte standen: „Ich bin der Meister", während die jungen Mädchen eine Schüssel voll „Sülze" halten mußten. Die Polizeibehörde hat ihre Organe angewiesen, sämtliche Angestellte der Sülzefabrik Heil in Haft zu nehmen. Eine strenge Untersuchung gegen die Beamten ist eingeleitet worden, die frühere Anzeigen gegen Heil bearbeitet haben, um festzustellen, ob sie der Vorwurf der Saumseligkeit trifft. — Die äußerst erregte Volksmenge wandte sich schließlich zum Rathaus und versuchte dort einzudringen. Aus dessen Portal wurden sie mit Wasser bespritzt und mit Tränenbomben beworfen. Schließlich wurden auch einige Schreckschüsse abgegeben, wodurch die Erregung noch weiter gesteigert wurde. Inzwischen rückte auf einigen Autos die von der Rathauswache herbeigerufene Bahrenfelder Volkswehrabteilung vom Altenwall heran, mit lautem Halloh empfangen. Kurz vor dem Rathaus wurde eine Gruppe umzingelt und man versuchte den Volkswehrleuten die Waffen zu entreißen. Es entstand ein wütendes Ringen, in dessen Verlauf eine Salve abgegeben wurde, worauf die Menge auseinander stob. Leider hatte der Versuch, den Volkswehrleuten die Waffen zu entreißen, dem Ganzen eine furchtbare Wendung gegeben, denn die Salve, die den Volkswehrleuten die Angreifer vom Halse schaffte, hat leider mehrere Opfer gefordert. Es sind mehrere Tote zu beklagen, unter ihnen auch eine Frau. Die empörte Menge steckte die auf dem Altenwall stehenden Autos der Bahrenfelder in Brand, zertrümmerte im Börsenanbau sämtliche Fenster, stieg in die Räume, demolierte alles Erreichbare und warf dann noch die brennenden Wagenpolster ins Innere, das schnell Feuer fing. Die herbeigerufene Feuerwehr wurde von der Menge nicht durchgelassen, so daß die im Rathaushof versammelten Bahrenfelder einen Ausfall gegen die das Rathaus belagernde Menge unternahmen und das Feuer löschten. Inzwischen hatte eine Schar einen Waffenladen gestürmt. Ein anderer Trupp war nach dem Hauptbahnhof gezogen und hatte die Bahnhofswache, die aus Volkswehrleuten besteht, entwaffnet. Ein dritter Trupp stürmte die Polizeiwache 44. So bewaffnet, zogen die Leute zum Rathaus, auf dessen Fenster sie Schüsse abgaben, die von der Besatzung des Rathauses erwidert wurden. Eine von der Volksmenge ins Rathaus gesandte siebengliedrige Kommission verhandelte unterdessen über die Zurückziehung der Bahrenfelder und über andere Fragen, deren Ergebnis wir nicht erfahren konnten. Nachts gegen 12½ Uhr schallten noch immer vom Rathause Schüsse herüber. Bisher sind 8 Tote und 20 Schwerverletzte gemeldet. Der Kommandant von Hamburg, Lampl, wurde durch einen Streifschuß verwundet. Ueber Hamburg ist der Belagerungszustand verhängt worden. Demonstrationen und Ansammlungen sowie politische Versammlungen sind verboten. Polizeistunde ist 10 Uhr. Wer dienstlich nach 10 Uhr abends die Straße betreten muß, bedarf eines Ausweises seiner Behörde oder Firma. Die Volkswehr versieht ihren Dienst wie bisher. Die Einwohnerwehr wird aufgehoben.

Hamburg. Oeffentliche Mieterdemonstration. Eine Versammlung sämtlicher Bezirksmieterräte, die am 21. Juni im Gewerkschaftshause tagte, nahm die nachfolgende, von Herrn Cohn begründete Resolution an: „Die versammelten Bezirksmieterräte beauftragen den Vorstand, am Mittwoch, 25. Juni, abends 7 Uhr auf dem Rathausmarkt eine öffentliche Mieterdemonstration zu veranstalten und im Anschluß daran Senat und Bürgerschaft unsere Forderungen zu unterbreiten: 1. Sofortige Anerkennung des Zentralmieterrats als die alleinige Interessenvertretung der Mieter Hamburgs. 2. Sofortige Bewilligung von Geldmitteln für die Verwaltung des Zentralmieterrates. 3. Beschleunigte Ausschreibung von Wahlen. 4. Sofortige Hinzuziehung der Mieterräte zu den Mietesämtern als Laienrichter. 5. Sofortige Ernennung der amtlichen Wohnungspfleger aus den Kreisen der Mieterräte. 6. Sofortiges Kündigungsverbot, ab 1. Juni 1919 rückwirkend. 7. Der Mietepreis einer Wohnung darf nicht nach der sozialen Stellung eines Mieters festgesetzt werden. Der Vorstand erhält die Vollmacht, zur Durchführung der Forderungen alle Mittel in Anwendung zu bringen und vor einer eventuellen Mieteverweigerung nicht zurückzuschrecken."

Hamburg. Ein frecher Einbruch wurde bei einer 70 Jahre alten Witwe verübt. Als diese ihre Wohnung betrat, entdeckte sie dort zwei Einbrecher, die sofort mit vorgehaltenem Revolver auf sie eindrangen. Sie mußte den Einbrechern sämtliche Silbersachen und den Ort der Geldaufbewahrung zeigen und wurde von diesen dann ungefähr 2 Stunden eingesperrt. Die Einbrecher erbeuteten außer Wäsche- und Kleidungsstücken 200 Mark bares Geld und silberne Löffel. — Durch einen Sprung in die Außenalster nahm sich bei der Badeanstalt am Schwanenwik eine unbekannte Frauensperson das Leben. Die Leiche der Lebensmüden konnte noch nicht gefunden werden.

Rendsburg. Raubüberfall. Ein alter Mann wollte die Kühe seines Bruders, die auf einer Koppel hinter den militärischen Scheibenständen auf dem Stadtmoor weideten, nach Hause zu treiben. Als er gegen 7 Uhr noch nicht zurückgekehrt war, machten sich die Hausbewohner auf die Suche und fanden den Sch. auf der Koppel besinnungslos und blutüberströmt liegen. Er hatte zahlreiche Wunden am Kopf, die von Hammerschlägen herrühren, ferner Messerstiche am Kopf und beiden Armen. Er wurde sofort ins städtische Krankenhaus übergeführt, wo er nach einiger Zeit die Besinnung wiedererlangte, aber schwer darniederliegt.

Schwerin. Unsere Kontrolleure in Tätigkeit. In der Zeit vom 1. 6. bis 15. 6. 1919 wurden durch die Kontrolleure der Kontrollstellen bei den 12 Kreisbehörden für Mecklenburg-Schwerin folgende Plus- bezw. Minusbestände an Vieh festgestellt:

a) Plusbestände.

Kälber unter 3 Monate	235 Stück
Rindvieh über 3 Monate	53 Stück
Schweine unter 3 Monate	60 Stück
Schweine über 3 Monate	19 Stück

b) Minusbestände.

Kälber unter 3 Monate	76 Stück
Rindvieh über 3 Monate	84 Stück
Schweine unter 3 Monate	23 Stück
Schweine über 3 Monate	36 Stück

Plusbestände sind solche, die der Kreisbehörde nicht zur Kenntnis gelangt sind. Die Viehhalter solcher Bestände werden zu einer erhöhten Umlage herangezogen, gegebenenfalls erfolgt Anzeige bei der Staatsanwaltschaft.

Minusbestände sind Fehlbestände, über deren Verbleib die Kreisbehörde nicht unterrichtet worden ist. Die betr. Viehhalter werden wegen unerlaubter Schlachtung, unrechtmäßigen Verkauf usw. bei der Staatsanwaltschaft angezeigt.

Aus Nah und Fern.

Die Plünderungen in Berlin. Die Plünderungen im Norden Berlins haben auf den Stadtteil Moabit übergegriffen. Sie tragen auch antisemitischen Charakter. Die Pogromhetze einer elenden Schundpresse hat daran auch ihr Teil schuld. Die Polizei ist machtlos und wird gelegentlich ihrer Pistolen beraubt. Den Truppen ist eingeschärft, von der Waffe nur Gebrauch zu machen, wenn sie tätlich bedroht sind. Bisher wurden fünf Personen, darunter zwei Schüler, getötet. Am Wedding wurde ein Warenhaus geplündert. Die Schaufensterscheiben wurden eingetreten. Eine Menge Personen drangen in die Geschäftsräume ein und plünderten alles, was sie fanden. Die Konfektions-, Wäsche- und Teppichabteilung wurde ausgeraubt. Ganze Ballen Stoffe wurden fortgeschleppt. Die Ladenkasse wurde erbrochen, doch hatten die Geschäftsinhaber das Geld vor Geschäftsschluß bereits in Sicherheit gebracht.

Eine gemeine Tat. In Berlin warf in der Gegend des Friedrichshains ein unbekannter Mann eine Handgranate. Durch Sprengstücke wurde ein Mann und ein etwa zehn Jahre alter Knabe schwer verletzt. Der Täter flüchtete und ist leider entkommen.

Zwei Geliebte und eine Frau. In Tutengrund im Riesengebirge hat der Kaufmann Kubasch aus Berlin seine beiden Reisebegleiterinnen, ein 17 Jahre altes Mädchen Cordes und eine gewisse Elvira Collier, erschossen. Der Täter wurde verhaftet, als er einen Arzt aus Krumhübel herbeiholte. K. behauptete, daß er die Mädchen auf ihren Wunsch wegen Familienverhältnisse getötet habe, dann gab er wieder an, sie hätten ihn beide heiraten wollen, obwohl er bereits verheiratet sei.

Ueberfall durch eine Räuberbande. Bei Cuxrst wurden vier auf einem Wagen von einem Grastermin zurückkehrende Personen von einer Räuberbande überfallen, wobei eine Person erschossen, zwei andere verwundet wurden. Die Banditen raubten den Erlös des Grastermins mit 62 000 Mk. Als Anführer der Bande wurde ein langgesuchter Raubmörder erkannt.

Erschlagen. In Leeheim bei Darmstadt hat ein junges Mädchen auf dem Feld einen Franzosen von der Besatzungstruppe mit einer Axt erschlagen, als dieser einen unsittlichen Angriff auf das Mädchen unternahm.

Der furchtbare Vulkanausbruch des Monat Gloet auf Java hat ungeheure Opfer gefordert. Die Zahl der Toten wird auf 50000 geschätzt. Die gesamte telegraphische und telephonische Verbindung war unterbrochen und das Land auf 80 Kilometer hin mit einem dichten Aschenregen überschüttet. Der Vulkan schleuderte den Inhalt eines riesigen Kraterjees empor, der ¾ Quadratkilometer Umfang und 270 Meter Tiefe hatte. Die Kraterwand gab nach, und ein rotglühender Lavastrom, mit Schlamm und kochendem Wasser vermischt, flutete über die in der Nähe liegenden Dörfer der Eingeborenen und überschwemmte die Stadt Biltar. Die Einwohner fanden sich von einer brennen kochenden Masse umgeben und kamen auf furchtbare Weise um, indem sie halb verbrannten und halb ertranken. Zwölf Dörfer wurden zerstört und die Zuckerplantagen haben schwer gelitten. Das ganze um den Vulkan liegende Land verwandelte sich in einen Schlammsee, bis die Lava allmählich ganz hart wurde. Jetzt suchen die Soldaten die Körper der Toten aus der steinharten Lava herauszulösen und führen die notwendigsten Aufräumungsarbeiten aus, während die angeschwollenen Flüsse zahllose Körper von Umgekommenen ans Land spülen.

Neueste Nachrichten.

Das Treiben gegen Erzberger.

Weimar, 25. Juni. Unter den Soldaten hat eine erregte Stimmung gegen Erzberger Platz gegriffen. Einige Mann wollten den Reichsminister verprügeln. Erzberger hat heimlich das Schloß verlassen, ohne die Wache zu passieren und ist nach Berlin gefahren. — Wir haben es hier ohne Zweifel mit dem üblen Vorgehen alldeutscher Heißsporne zu tun, die meinen, einzelnen die Schuld an Deutschlands Unglück aufbürden und dafür büßen lassen wollen.

Verurteilung Ridisch.

Bamberg, 25. Juni. Wegen Hochverrats wurde gegen den Volksschullehrer Ridisch aus Augsburg vor dem Münchener Standgericht verhandelt. Ridisch wurde wegen Beihilfe zum Hochverrat zu zwei Jahren Festung verurteilt.

Die Versenkung der Kriegsschiffe.

Paris, 25. Juni. Die Budgetkommission der französischen Kammer forderte vom Ministerpräsidenten Auskunft über die Versenkung der deutschen Flotte und fragte, welche Maßnahmen die Regierung zu treffen gedenkt, um Frankreich vor dem Schaden zu schützen, der ihm durch die Zerstörung der Schiffe, wovon ein Teil Frankreich zufallen sollte, verursacht wurde. — „Intransigeant" veröffentlicht eine Depesche aus London, nach der „Baden" 18 Stunden nach der Versenkung der übrigen Schiffe in die Luft flog.

Deutschlands Unterschrift.

Versailles, 25. Juni. Der Viererrat beschloß, daß die Unterschrift Deutschlands durch einen Würdenträger gewährleistet werden müsse, der denjenigen der Alliierten im Range gleichstehe. Es wird zur Vollziehung dieses Aktes der neue Minister des Auswärtigen, Hermann Müller, genannt.

Sprechsaal.

(Für den Inhalt dieser Rubrik übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.)

Unsere Bürgerschaftsfraktion.

Es sind nun schon viele, viele Wochen ins Land gegangen, seit ich meinen ersten Artikel mit derselben Ueberschrift im „Volksboten" veröffentlichte. Da nun bis jetzt leider immer noch keine Versammlung des Sozialdemokratischen Vereins stattfand, die sich ganz speziell mit diesem Tagesordnungspunkt zu beschäftigen hätte, zwingen mich die letzten Ereignisse in der Bürgerschaft, hier wieder das Wort zu ergreifen, um verschiedene Richtigstellungen vorzunehmen. Die begreifliche Erregung, die bei der organisierten Arbeiterschaft eintrat, als das Bürgerschaftsmitglied Asmus Beck der Arbeiterschaft vorwarf, daß durch derartige Demonstrationen den Plünderungen gewissermaßen Vorschub geleistet würde und das früher nicht Mode war, ist sehr wohl zu verstehen. Genosse Beck hat sich dabei auf einen Beschluß berufen, den der frühere Arbeiter- und Soldatenrat herbeiführte, in dem gesagt wurde, daß öffentliche Demonstrationen erst bei einem dazu gewählten Ausschuß anzumelden seien. Dieser Beschluß wurde aber seinerzeit nur einzig und allein deshalb gefaßt, um die Demonstration der Arbeitslosen, die zu einer Gefahr für Lübeck auszuwachsen drohten, zu unterbinden. Das geht schon daraus hervor, daß die Arbeitslosen berechtigt waren, zwei ihrer Mitglieder in diesen Ausschuß zu entsenden. Die organisierte Arbeiterschaft Lübecks wird sich niemals darüber Vorschriften machen lassen, wann und wie sie es für richtig hält, zu gegebener Zeit zu demonstrieren. Und es ist nur mit Freuden zu begrüßen, daß an diesem bekannten Sonnabend die organisierte Arbeiterschaft auf die Straße ging, um gegen die bisherige völlig ungenügende Lebensmittelversorgung energisch zu protestieren. Ganz falsch ist es, wenn behauptet wird, daß durch diese Demonstration die Plünderungen begünstigt worden sind. Das Gegenteil ist der Fall. Als die Demonstration vor sich ging, waren die bedauerlichen Plünderungen schon längst im Gange, und die Arbeiterschaft tat das Menschenmöglichste, weitere Plünderungen zu verhindern. Das sind doch erwiesene Tatsachen. Impulsive Demonstrationen, die aus den Verhältnissen heraus geboren werden, kann man niemals durch Beschlüsse oder Ausschüsse unterbinden oder verhindern. Bedauerlich ist es deshalb, daß auch die Redaktion des „Volksboten" die völlig unangebrachten Aeußerungen vom Genossen Beck in der Bürgerschaft nach zu beschönigen resp. zu decken versuchte. Die Einwohnerschaft Lübecks ist der organisierten Arbeiterschaft zu großem Dank verpflichtet, indem durch ihr energisches Auftreten es mit einem Male in der Ernährungsfrage bedeutend besser geworden ist. Und auch in Zukunft wollen wir erwarten, daß es so bleibt und die Arbeiterschaft stets auf dem Posten ist. Aber ebenso notwendig ist jetzt vor allen Dingen, daß nun endlich eine Versammlung des Sozialdemokratischen Vereins sofort stattfinden muß, damit die Mitglieder zu den brennendsten Tages- und Lebensfragen Stellung nehmen können. Denn so kann es doch unmöglich weitergehen!

H. Salamon.

Verantwortlicher Redakteur: Hermann Bauer.
Verleger: Th. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer & Co.
Sämtlich in Lübeck.

Einwohnerwehr.

Die Bürgerschaft hat in ihrer Sitzung am Montag in erster Lesung die Bildung einer Einwohnerwehr zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit in Lübeck beschlossen. Das Polizeiamt ist ermächtigt, die zu ihrer Errichtung erforderlichen Schritte zu unternehmen.

In die Einwohnerwehr kann jeder männliche Einwohner Lübecks, der das 24. Lebensjahr vollendet hat und militärisch ausgebildet ist, aufgenommen werden. Er hat sich durch Handschlag zu verpflichten, die republikanische Staatsform zu wahren, der vom Volke gewählten Regierung treu und gehorsam zu sein und die Gesetze und die öffentliche Ordnung nötigenfalls mit Waffengewalt zu verteidigen. Jede politische Betätigung, sowie die Verfolgung wirtschaftlicher Interessen, ist innerhalb der Wehr untersagt. Die Einwohnerwehr ist dem Polizeiamte unterstellt. Die Mitglieder wählen ihre Führer selbst und sind ihnen im Dienste zum Gehorsam verpflichtet. Der Dienst ist ehrenamtlich. Entgangener Arbeitsverdienst wird auf Antrag erstattet. Die Einberufung der Wehr erfolgt nur in Fällen der Gefährdung der öffentlichen Ordnung oder zum Zwecke der Unterweisung. Zu weiterem Dienste sind die Mitglieder der Wehr nicht verpflichtet. Für den Fall des Todes oder einer Dienstbeschädigung bei Ausübung des Dienstes steht dem Mitgliede und seinen Hinterbliebenen, soweit das Reich nicht die Versorgung übernimmt, ein Anspruch gegenüber dem lübeckischen Staate auf Versorgung in sinngemäßer Anwendung der Vorschriften des Mannschaftsversorgungsgesetzes und des Militärhinterbliebenengesetzes nebst ihren Nachträgen zu. Das Polizeiamt ist vom Senate mit der Durchführung dieses Gesetzes beauftragt worden. Anmeldungen für die Einwohnerwehr werden entgegengenommen bei den Polizeiwachen (Kanzleiwache, St. Gertrudwache, St. Jürgenwache und St. Lorenzwache), auf den Polizeistationen in Travemünde, Schlutup, Kücknitz, Siems und Moisling, sowie im Geschäftszimmer des Gewerkschaftskartells, Johannisstr. 48 und im Geschäftszimmer des Rates der Vereinigten Berufe, Königstraße 5 I. Im Geschäftszimmer des Rates der vereinigten Berufe ist die Meldezeit auf die Zeit von 3 bis 6 Uhr nachmittags beschränkt. Die Militärpapiere sind mitzubringen. Die Meldung kann auch schriftlich bei den genannten Stellen erfolgen unter Beifügung folgender Angaben: Familien- und Rufname, Datum und Ort der Geburt, Wohnort, Straße, Hausnummer, Stand, Militärdienstgrad.

Für das Landgebiet werden, soweit die Bildung einer Einwohnerwehr in den Gemeinden noch nicht erfolgt ist, besondere Anweisungen seitens des Polizeiamtes ergehen. 3972

Lübeck, den 24. Juni 1919. Das Polizeiamt.

Ausgabe von Kartoffelkarten.

Die auf Grund der Bekanntmachung vom 7. Juni auszugebenden Kartoffelkarten können in Empfang genommen werden

im Bezirk 14 **Travemünde mit Gneversdorf**
vom 26.—28 Juni in der Geschäftsstelle der Behörde für Travemünde, geöffnet 9—2 Uhr;

„ „ 15 **Kücknitz mit Herrenwyk, Waldhusen u. Försterei**
am Freitag, dem 27. Juni in der Bezirksschule Kücknitz, geöffnet 8—3 Uhr;

„ „ 16 **Schlutup**
von Donnerstag, den 26. Juni an in der Geschäftsstelle für die Ausgabe von Lebensmittelausweisen, geöffnet 8—3 Uhr;

„ „ 17 **Dänischburg mit Siems**
am Freitag, dem 27. Juni in der Bezirksschule geöffnet 10—1 Uhr und 4—7 Uhr;

„ „ 18 **Moisling mit Genin, Geniner Ziegelei, Moislinger Heide und Buntekuh**
am Freitag, dem 27. Juni im Kaffeehaus Moisling, geöffnet 8—3 Uhr.

Vorzulegen ist der Ausweis zum Bezuge von Lebensmitteln.

Lübeck, den 25. Juni 1919. (4017

Das Landesversorgungsamt.

Den Besitzern von Schweinen steht ein Quantum **Kleie** zu. Scheine werden im Amtsgericht, Zimmer Nr. 8, ausgestellt.

Bad Schwartau, 24. Juni 1919. (4006

Stadtmagistrat (Ernährungssache).

Francke.

Jede Veränderung im Viehbestand (Zu- und Abgang) ist innerhalb 3 Tagen dem Stadtmagistrat mitzuteilen.

Stadtmagistrat Bad Schwartau.
(Ernährungssache)
4007) Francke.

Landesvorstand. Eutin, den 23. Juni 1919.

Die Ausfuhr von **Kartoffeln**, auch von Frühkartoffeln, aus dem Bezirk Provinz Lübeck ist verboten.

4005) gez. Dr. **Meyer-Rodenberg.**

Am **Donnerstag, d. 26. d. Mts.,** werden in den Geschäften der **Gertz** und **Wegner**

Butt in Gelee

abgegeben [illegible] Haltungen mit den Anfangsbuchstaben P—R.

[illegible]magistrat Bad Schwartau.
(Ernährungssache.)
4015. Francke.

Eutin, den 23. Juni 1919.

Wir erklären hiermit Herrn Lehrer **Friedrich Voß,** Schwartau, für einen gemeinen Verleumder. (4005

Arbeiterrat der Provinz Lübeck.

Ketelhohn. Fick. Giese. Paul Thätner.

Bekanntmachung.

Die Geschäftsstelle für Seife befindet sich von Donnerstag den 26. Juni 1919 ab (3978
Mengstraße 6, I, Zimmer 2.

Lübeck, den 24. Juni 1919.

Das Landesversorgungsamt.

Ulrich Hirsch
Emma Hirsch
geb. Reshöft
Vermählte. (4004

Für die uns zu unserer Hochzeit erwiesenen Aufmerksamkeiten sagen hiermit allen unsern herzlichen Dank. D. O.

Gesucht ein (3989
tüchtig. Schneidergeselle
H. Krey, Prießstr. 3.

Eine größere Malerwerkstatt zu sofort oder 1. Juli z. mieten gesucht. Ang. unt. **H T** an die Exped. d. Bl. (4016

Zu verk. 1 Kl.-Schrank, 1 Waschtisch, 1 W.-Mangel, 1 Küchentisch, 1 Kinderstuhl, 1 Eichen-Schatulle.
3993) Wahmstr. 35 II rechts.

Zu verkaufen eine Bettstelle. Abends nach 5 Uhr.
3990) Kücherqrube 46.

Zu verkaufen ein Paar weiße Stoffschuhe, Gr. 38.
4001) Burgstraße 122/3.

Zu verkaufen 1 Herrenrad und 1 Klappsportwagen.
3987) Lupowstr. 46 pt.

Küchentisch, Schrank f. Umlegefänge und Heckbauer billig.
3985) Marendorpstr. 68 pt.

Zu verk. 2 Bilder, Landschaften, Goldrahmen, Stück 35 Mk.
3979) Werendorpstr. 50 II.

Ein Satz größere Ferkel,
mehrere kleine Zugänger, 2 größ. Zugänger billig zu verkaufen.
4014) Dormert, Vogenstr. 5 c.

Guter schwarzer Rock gegen Militärhose zu vertauschen. (3990
Schriftm. St. Fleischhauerstr. 64 p.

Sonntag abend 8¼ Uhr entschlief sanft und ruhig nach ganz kurzem schwerem Leiden, in ihrem 80. Lebensjahre, unsere liebe Mutter, Schwiegermutter, Großmutter und Schwester

Louise Ramm
geb. Meyer.

Tief betrauert von ihren Kindern, Enkeln und allen, die ihr nahe standen. (3975

J. A.: **Albert Ramm,**
Reiferstraße 36.

Bestattung: Donnerstag. Beginn der Trauerfeierlichkeiten 4¼ Uhr in der St. Lorenz-Kirche.

Sozialdemokrat. Verein Lübeck.

Am 21. d. Mts. starb unser Genosse (3991

Fritz Schlichting,
Hafenarbeiter.

Ehre seinem Andenken!

Der Vorstand.

Deutscher Transportarbeiterverband
Ortsverwaltung Lübeck.

Verspäteter

Nachruf!

Am Sonnabend, dem 21. Juni, verstarb unser langjähriges Mitglied, der Hafenarbeiter (4011

Friedr. Schlichting.

Ehre seinem Andenken!

Die Ortsverwaltung.

Zu tauschen ges. Decke über 2 Betten, bunte Hausstandsschürzen. Ang. unt. **S S** an die Exp. d. Bl. (4010

---

1 P. H.-Schnürstief. 39 gegen 41 zu vertauschen. (3988
Mühlenstraße 91/4.

Zu verk. 1 Paar Militärstiefel, (Gr. 28½) und einflammiger Gaskocher zu verkaufen.
3986) Drögestraße 24.

Zu k. ges. e. gestr. H.-Unterjacke, e. schw. o. bl. Schleierstoffbluse, Jünglingshemd. Ang. u. **M W** a. d. Exp. d. Bl. (3984

Zu kaufen gesucht Klempnereimaschinen. Ang. unter **L V** an die Exped. d. Bl. (3958

Zu kaufen gesucht Hausstandswage. Angebote unter **R K 12** an die Exped. (4002

Kaufe größere Zugänger
Preisangabe und Gewicht.
3992) **Devenau 33.**

Unterricht in der Damenschneiderei. Vierteljährige und halbjährige Kurse. (3981
Frau **Baisch.** Johannisstr. 26.

Bunt- u. Weißstickereien werden angenommen. (3952
Johannisstr. 26

Kartenbriefe

sind vorrätig.

Buchdruckerei Fr. Meyer & Co.

Neu eingetroffen sind:

Reuters Werke
mit viel. Illustration. **11 Mk.**

Goethes Werke
mit viel. Illustration. **11 Mk.**

Hauffs Werke
mit viel. Illustration. **11 Mk.**

Buchhdl. Friedr. Meyer & Co.
Johannisstraße 46.

Hillgers Handbuch

der verfassunggebenden deutschen Nationalversammlung 1919

enthält Lebenslauf und Bilder der Mitglieder d. Nationalversammlg.

2.50 Mk.

Buchhdl. Fr. Meyer u. Co.
Johannisstraße 46.

Kunstdünger Ovis-Guano, für Gemüse sehr zu empfehlen, **Hornspäne, Hornmehl, Blumenstäbe, Tomatenstäbe, Tabakpflanzen, Wurzelsamen, Gurken- und Kürbiskerne** empfiehlt (3974

Schelm & Wege,
Mengstraße 10.

Rechnungs-Formulare

werden hergestellt in der

Buchdr. Friedr. Meyer & Co.
Buchhandlung.

Glasscheiben
aller Art off.
D. Tanchnitz, Glashandlg., Fleischhauerstr. 35. Fernr. 2808 3958

Möbel

Schlafzimmer
Wohnzimmer
Küchen-Einrichtungen
sowie sämtl. **Einzel-Möbel**
z. bekannt billigen Preisen

Vereinigte Möbelkaufhäuser,
73 Königstraße 73.
Fernspr. 641. (3962

Für Herbergen

Fremden-Meldezettel
in Block.

Friedr. Meyer & Co,

Ein neues Wintermärchen.

Heines Besuch im neuen deutschen Reich der Gottesfurcht und frommen Sitte.

Vor der Revolution konfisziert gewesen!

Preis 25 Pfg.

Buchhlg. Friedr. Meyer & Co.

Zähne mit und ohne Platte, spez. mod. Gold-Technik, Goldkronen, Brücken, Plomben. Umarbeit. schlechtsitz. Gebisse. Schmerzlose Behandl.

M. Marcks, Breitestr. 56. (3997

Prima-Wechsel
in Block.

Friedr. Meyer & Co.

Deutscher

Transportarbeit.-Verb.
Ortsverwaltung Lübeck.

Versammlung

sämtlicher bei den

Holzspediteuren beschäftigten Arbeiter

am Donnerstag, dem 26. Juni
abends 7½ Uhr
im „Gewerkschaftshaus“
Johannisstr. 50—52.

Tagesordnung:

Bericht der Lohnkommission.

4012) Die Ortsverwaltung.

Restaurant Schlesierheim
Schmiedestrasse 3
G. Lachmann :: Gemütlicher Aufenthalt f. Skatspieler. (3990

Bund deutscher Kriegsbeschädigter e. V. Sitz Hamburg
Ortsgruppe Lübeck.

Am Donnerstag, d. 26. Juni abends 7½ Uhr:

Mitglied.-Versammlung
im Gasthaus Holstein, Hau
(Marlesgrube 22).

Alle kriegsbeschädigten Kameraden, die einer reinen Kriegsbeschädigten-Organisation beitreten wollen, sind freundlich eingeladen. (397

Arbeiter-Bildungsverein.

Donnerstag, den 26. Juni
abends 8 Uhr
im kl. Saal des Gewerkschaftshauses

Vortrag

Gen. Schermer:
„Moderne Schulfragen.“

Gäste willkommen.
4018) **Der Vorstand.**

Gesellschaftshaus Pockenhof

Morgen Donnerstag: (401

Großes Tanzkränzchen.

Anf. 6 Uhr. F. Westfehling.

Seeretz.

Sonntag, den 29. Juni 1919

Großes Ringreiten.

3976 Anfang **3 Uhr.**

Hierzu laden freundlichst ein G. Sablonski u. die lustig. Reiter.

Lübecker Theaterverein.

Sonnabend, den 28. Juni 1919:

Großer Sommernachts-Ball

in sämtlichen Räumen des Colosseums.

Anfang 6 Uhr. Ende ? ?

Eintritt: Herren 2.— Mk. Damen 1.— Mk.

3999) **Der Vorstand.**

Unabh. Soziald. Partei.

Ortsgruppe Lübeck.

Mitglieder-Versammlung

am 26. Juni 1919, abends 7½ Uhr

im Gewerkschaftshaus.

Tagesordnung:

1. Die politische Lage. Referent: Genosse **Roß.**
2. Parteiangelegenheit.

4000) **Der Vorstand.**

Weisser Engel

3995 Ratzeburger Allee 29 Endstation der Linie 1

Jeden Sonntag und jeden Donnerstag:

Grosse Ballmusik.

Anfang Sonntags 4½ Uhr, Donnerstags 6½ Uhr.

Adlershorst. Jeden Donnerstag:

Tanz. 4008

HANSA THEATER

Mittwoch: Zapfenstreich.
Donnerstag, abends 8 Uhr:

Die Höchstleistung spannender Sensation!

Prinz und Bettlerin.

Militärausstattungsstück.

1. Prinz Michael d. Bucklige.
2. Der Fürst u. die Bettlerin.
3. In die Falle gelockt. Michaels Hochzeitsabend.
4. Ein Gottesgericht. (3973

Freitag: Zapfenstreich.

Stadthallen-Theater
Lübeck.

4003

Mittwoch, den 25. Juni:
nachmittags 4 Uhr,
im Stadthallengarten:

Großes Konzert

Orchester des Vereins der Musikfreunde Lübeck.

Abends 7½ Uhr:

Emilia Galotti.

Trauerspiel in 5 Aufzügen von Lessing.

Donnerstag, den 26. Juni,

Nanon.

Freitag, den 27. Juni,

Die Heirat.

Sonnabend, den 28. Juni:
Neu einstudiert!

Die Rose von Stambul.

Stadthallengarten.

Mittwoch, den 24. Juni:
Nachmittags 4 Uhr:

Großes Konzert

Orchester des Vereins der Musikfreunde Lübeck.

Dirigent: Kapellmeister Kurt Blumentritt.

Bei ungünstiger Witterung findet das Konzert im Saale statt.

Beilage zu Nr. 145.
26. Jahrgang.

Lübecker Volksbote

Mittwoch, den 25. Juni 1919

Deutscher Sozialistentag.

(Konferenz für die Einigung der Sozialdemokratie.)

Im Sitzungssaale des Herrenhauses begann am Sonnabend die Konferenz für die Einigung der Sozialdemokratie, der sogenannte Deutsche Sozialistentag. Eduard Bernstein erklärte in seiner Eröffnungsansprache die Einigung gegenwärtig für nötiger als je. Meinungsverschiedenheiten müßten im brüderlichen Geiste ausgetragen werden. Die Rührigkeit der Reaktion erfordere von der Gegenwart eine geeinte Sozialdemokratie. Ueber „die politische Notwendigkeit der Einigung" referierte Cohen-Reuß (Soz.): Die Errungenschaften der Revolution sind in Gefahr. Die Kreise, die vor dem 9. November die Macht in Händen gehabt haben, erheben wieder ihr Haupt. Der Parteitag in Weimar hat versagt. (Sehr richtig!) Redner kritisiert die Kriegspolitik der Sozialdemokratie und weist dann sehr scharf die „straßenräuberischen Angriffe" Scheidemanns auf dem Parteitag gegen ihn zurück. — Dieser Ausdruck erregte Entrüstung. Man rief Cohen entgegen: „Ist das der Wille zur Einigung, wenn man von Straßenräuber spricht?!" Der Vorsitzende Ed. Bernstein rügte dann auch den Ausdruck. Dann wandte sich Cohen gegen die Unabhängigen und vermißte auch bei ihnen ebenso wie bei der Mehrheitssozialdemokratie das Positive. Die erste Revolutionsregierung hat sich durch ihre Untätigkeit das Vertrauen der Massen verscherzt. Wenn man jetzt zu einem gemeinsamen erfolgreichen Zusammenarbeiten kommen will, dann muß ein Mindestprogramm aufgestellt werden, auf das sich alle Sozialisten einigen können. Sein wichtigster Punkt ist die Herbeiführung einer umfassenden Produktion, bei der die Arbeiter zu Mitträgern werden müssen. Ebenso wichtig ist die Verwerfung der Diktatur. (Lebh. Beifall.) — Das zweite Referat hielt Heinrich Ströbel (U. S. P.): Die Unabhängigen haben während des Krieges und besonders nach der Revolution positive Forderungen vertreten, sind aber an ihrer Durchführung von der anderen Seite verhindert woden. Die jetzige Zerfahrenheit ist auf die Ohnmacht der Regierung und das Wiedererstarken des Militarismus zurückzuführen, an dem die Mehrheitssozialisten die Schuld tragen. (Zuruf: Das ist Ihre Schuld!) Wären die Unabhängigen in den Zentralrat eingetreten, dann wären uns die Straßenschlächtereien und das Wiederaufkommen des Militarismus erspart geblieben. (Zustimmung. — Zuruf: Austritt aus der Regierung!) Der Austritt war bei der Unmöglichkeit eines Zusammenarbeitens notwendig. Auch standen unsere Parteigenossen nicht hinter uns. (Widerspruch.) Die formale Demokratie bedarf der Ergänzung durch das Rätesystem, so wie es Kautsky fordert. Die Verwirklichung des Sozialismus allerdings kann nicht das Werk einer Revolution sein. Nur durch Evolution kommen wir zum Sozialismus. (Teilweise Zustimm.) Terror und Gewalt sind die ungeeignetsten Mittel zur kulturellen Hebung der Arbeiterklasse. (Großer Beifall.) Wenn es nicht anders geht, muß die Einigung durch die Massen selbst über die Köpfe ihrer Führer hinweg erfolgen. (Stürmischer Beifall.)

Es wurde festgestellt, daß die Konferenz folgendermaßen zusammengesetzt ist: 130 Vertreter von 70 Vereinen der S. P. D., 26 Vertreter von 15 Vereinigungen der U. S. P., 75 Vertreter von 41 Arbeiter- und Bauernräten, 42 Vertreter von 21 Zweigvereinen der Zentralstelle für die Einigung der Sozialdemokratie, 39 Vertreter von sozialistischen Studenten, Aerzten und ähnlichen Berufen. In der Nachmittagssitzung wurde ein definitives, paritätisch zusammengesetztes Bureau gewählt. Vorsitzende sind: Schulz-Köln (S. P. D.) und Bauer-Berlin (U. S. P.). Eduard Bernstein wurde das Ehrenpräsidium übertragen.

In der Diskussion über die Referate von Cohen und Ströbel führte Ed. Bernstein u. a. aus: An der Parteispaltung seien beide Teile schuld, die Unabhängigen, weil sie der anderen Seite den guten Glauben der Kriegspolitik absprachen, und die Mehrheitssozialisten, weil sie der Minderheit der Fraktion das Recht verweigert hätten, bei der Abstimmung ihre Meinung zum Ausdruck zu bringen. Es sei selbstverständlich, daß jetzt die Unabhängigen, weil sie außerhalb der Regierung stehen und lediglich deren Politik kritisieren, einen starken Zulauf haben. Gelegenheit zur Kritik gäbe es ja genug, denn jetzt, in der außerordentlich schwierigen Lage Deutschlands sei es fast ausgeschlossen, daß die Mitglieder der Regierung keine Fehler machen. Deutschland bleibe nichts übrig, als den Frieden zu unterzeichnen, obgleich er dem deutschen Volke eine ungeheure Last aufbürde. Die Hauptsache sei, daß die Wirtschaftsfrage gelöst werde. Das sei aber nur möglich, wenn die Arbeiterklasse einig sei. (Lebhafter Beifall.)

Auf Antrag eines Vertreters der U. S. P. erhält

Wegmann-Berlin (U. S. P.) das Wort, um im Gegensatz zu Ströbel den Standpunkt der U. S. P. in der Rätefrage zu vertreten. Der Redner verweist auf die Bewegung in Rußland und betont, daß in Deutschland das Rätesystem besser durchgeführt werden könne als in Rußland. Die Diktatur des Proletariats sei notwendig, wenn wir aus dem Chaos herauskommen wollen. Die Einigung könne nur so zustande kommen: wenn die Reaktion von rechts so fortfährt wie bisher, dann kommen wir ohne Kompromiß zur Einigung auf dem Boden des konsequenten Sozialismus. Es kann nur eine Einigung nach links geben und zwar auf dem Boden des Rätesystems. — Ein Antrag auf Schluß der Debatte wird angenommen.

Cohen-Reuß erhält das Schlußwort. Er wendet sich gegen die von Wegmann vertretene Diktatur des Proletariats. Wir können nicht zur Einigung kommen, wenn wir verlangen, daß nur die Politik der einen oder der anderen Seite gelten soll. (Lebh. Beifall.) Wer die Stimmung unter den Arbeitern kennt, der weiß, daß sie am Rätegedanken festhalten, und daß gerade unsere Parteigenossen in dieser Hinsicht am radikalsten sind. Der Redner trat zum Schluß unter lebhaftem Beifall für die Einigung ein.

Dann erhielt Freywig-Budapest als Gast das Wort. Er schilderte die Tätigkeit der ungarischen Räteregierung und behauptete, ihre wirtschaftlichen Maßnahmen hätten die Durchführung des Sozialismus gesichert. (Der Bericht, den der Volksbeauftragte Varga auf dem Landeskongreß der Räte in Budapest gab, und der uns im Wortlaut vorliegt, lautet aber wesentlich anders. Red. d. Volksb.)

Am zweiten Verhandlungstage (Sonntag) wurde die sozialdemokratische Auslandspolitik behandelt. Der Referent Eduard Bernstein führte aus: Die Sozialdemokratie darf nur eine Auslandspolitik treiben, die der internationalen Gerechtigkeit entspricht und unter Verwerfung der Methoden der Geheimpolitik der alten Diplomatie im vollen Lichte der Oeffentlichkeit betrieben werden kann. Der von einigen Parteigenossen vertretene Gedanke eines Bündnisses zwischen Deutschland und Frankreich gegen England ist schon wegen der in Frankreich herrschenden Stimmung in nächster Zeit unmöglich. Zum Schluß erklärte der Redner sich für die Unterzeichnung des Friedensvertrages und bedauerte nur, daß die Unabhängigen sich auch bei dieser Gelegenheit wieder abseits gestellt hätten, anstatt bei der Zeichnung mit der S. P. D. zusammenzugehen.

Die Korreferentin Wally Zepler vertrat den Gedanken der Kontinentalpolitik, die beim deutsch-französischen Bündnis anfangen soll. Das sei kein Sonderbund, der sich gegen andere Völker richte, sondern ein durch wirtschaftliche Notwendigkeiten bedingtes Zusammengehen, aus dem schließlich ein Bund aller Völker der Erde werden müsse, der aufgebaut sei auf dem Grundsatz der wirtschaftlichen Gleichberechtigung.

Ed. Bernstein trat diesen Ausführungen entgegen. — Folgende von ihm beantragte Resolution zum Friedensvertrag wurde angenommen:

„Hinsichtlich derjenigen Bestimmungen, in denen der deutschen Republik von den alliierten und assoziierten Mächten aufdiktierten Friedensvertrag, die dem deutschen Volke selbst beim besten Willen nicht einzulösende finanzielle Verpflichtung auferlegen, es handelspolitisch drückender Ungleichheit unterwerfen und mehr als zwei Millionen Deutscher unter Fremdherrschaft bringen, setzt die deutsche Sozialdemokratie ihre Hoffnung ausschließlich auf die Ausbreitung des sozialistischen Rechtsgedankens in den Ländern jener Mächte. Von seiner Rückwirkung auf deren Politik erhofft sie die Ermäßigung der furchtbaren Lasten und eine solche endgültige Lösung der Gebietsfragen, bei der alle Völker zu ihrem Recht kommen. Sie weist aber jeden Gedanken an einen Vergeltungskrieg, in welcher Form oder unter welcher Firma er auch erstrebt werden mag, schon jetzt auf das entschiedenste zurück. Sie bleibt unentwegt die Partei des Völkerfriedens, wie sie die Partei der Befreiung der Ausgebeuteten und Unterdrückten und die Partei des demokratischen Rechts bleibt. Unter der Parole: Recht für alle Völker! kämpft sie für das Recht des deutschen Volkes."

Ferner wurde folgende von Dr. Kramer beantragte Resolution angenommen:

„Die Einigungskonferenz fordert, daß die Beziehungen der Völker nicht mehr bestimmt werden durch das Bestreben nach Herrschaft und Bereicherung, sondern durch die großen sittlichen Ideen gegenseitger Achtung, Gerechtigkeit und Freundschaft, die zum Bund gleichberechtigter Völker und zum dauernden Frieden führen müssen. Die Voraussetzung dazu ist der Ersatz der kapitalistischen durch die sozialistische Gesellschaft."

Vom Parteivorstand der S. P. D. ist ein Schreiben eingegangen, welches dem Bedauern darüber Ausdruck gibt, daß der Parteivorstand durch die schicksalsschweren Entscheidungen in Weimar an der Teilnahme auf der Konferenz verhindert ist.

Zum dritten Punkt der Tagesordnung: Das Rätesystem, hielt das Referat Julius Kaliski (S. P. D.). In seiner bekannten Manier kritisierte er sehr scharf die von den beiden sozialdemokratischen Parteien seit dem 9. November betriebene Politik. Den nach Verwirklichung des Sozialismus verlangenden Massen habe die einheitliche großzügige Führung gefehlt. Durch die Schuld der Regierung sei unser Wirtschaftsleben noch weiter in Elend geraten und der Wiederaufbau erschwert worden. Namentlich die Ernährungspolitik der Regierung sei ganz verfehlt. Nichts habe sie getan, um die Produktion der Landwirtschaft zu heben. Aus dem Elend könnten wir nur herauskommen, wenn die Sozialisierung ernsthaft und planmäßig betrieben, d. h. die Produktion aufs höchste gesteigert werde. Um das zu erreichen, müsse das Rätesystem, wie er es auf dem zweiten Rätekongreß vertreten habe, durchgeführt werden. Dieses System werde sich durchsetzen, auch wenn die offiziellen Parteigruppen sich dagegen erklärten. Der Entwurf der Regierung sei nicht geeignet, die Rätefrage zu lösen. Er verquicke die Aufgaben der Arbeiterräte und der Gewerkschaften miteinander. Die Folge davon werde sein, daß es zu Kämpfen zwischen Arbeiterräten und Gewerkschaften komme. Die Aufgaben dieser beiden Körperschaften müßten getrennt werden, den Gewerkschaften sei die Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse, den Arbeiterräten die Mitbestimmung in der Produktion zuzuweisen. Nur durch Arbeit und Selbstverantwortung lasse sich der Sozialismus aufbauen. (Starker Beifall.)

Der Korreferent Doebbecle (U. S. P.) übte scharfe Kritik an dem Standpunkt des Referenten und der S. P. D., er macht der Regierung den Vorwurf, daß sie bewußt gegen den Sozialismus und für den Wiederaufbau der kapitalistischen Gesellschaft arbeite. Cohen, der jetzt für die Erhaltung der Arbeiterräte eintrete, sei es gewesen, der die Soldatenräte abgeschafft habe. Die Einigung des Proletariats könne nur auf dem Boden des Rätesystems erfolgen, aber nicht durch Verschmelzung der Parteien; denn die Gegensätze zwischen ihnen seien zu groß. Der Regierungsentwurf sei keine Anerkennung des Rätegedankens, sondern das Gegenteil. Deshalb müsse die U. S. P. durch einen Stoß von außen her dazu angetrieben werden, ihr Parteiprogramm zu einem proletarischen Programm umzugestalten. Die Räte müßten in der Form bestehen bleiben, die sie durch die Revolution erhalten hätten: als politisch gleichberechtigte Faktoren. Der Redner schloß mit der Erklärung: wenn wir nicht durch die Macht der Idee siegen, dann marschieren wir zur neuen Revolution. (Lebh. Beifall bei einer Minderheit.) — Ein Delegierter erwiderte unter großem Beifall, daß Doebbecle nicht im Namen der U. S. P. gesprochen hätte und sein Standpunkt sich mit deren Standpunkt nicht decke.

Der Prozeß Ledebour.

Rechtsanwalt Dr. Rosenfeld zieht eine Parallele mit dem Prozeß, der Karl Marx vor genau 70 Jahren vor die Kölner Geschworenen führt. Auch damals war das Volk von der Revolution nicht befriedigt, und auch damals wurden die Revolutionäre, die die Revolution fortführen wollten, vor Gericht gestellt. Die Kölner Geschworenen zeigten Charakter. Sie gaben sich nicht dazu her, der Regierung einen ihrer unbequemen Widersacher vom Halse zu schaffen. Marx sagte damals in seiner Verteidigung: nach einer siegreichen Revoluiton kann man seinen Gegner hängen, aber man kann ihn nicht richten. Das ist ja gerade das Infamierende, daß man es wagt, Revolutionäre heute vor Gericht zu stellen. Das zeigt, wie unsere Rechtspflege auch nach der Revolution noch tiefer gesunken ist. (Rüge des Vorsitzenden.) Die Revolution bleibt Revolution, ob sie von Ebert und Scheidemann praktiziert (oder, vielmehr fruktifiziert) wird, oder ob ein Georg Ledebour versucht, sie weiter zu treiben. Für den Prozeß, der hier verhandelt wird, ist gar kein Rechtsboden vorhanden. Die Handlungen eines Politikers in revolutionären Zeiten können nicht beurteilt werden nach den Gesetzen der Gesellschaftsform, die von der Revolution abgelöst werden soll. Gesetze, die am 9. November zerrissen worden sind, konnten jedenfalls nicht vor dem Zusammentritt der Nationalversammlung wieder in Geltung gesetzt werden. Die Amnestie vom 3. Dezember bezieht sich nur auf die vor dem 9. November begangenen Vergehen. Niemand hat auch nur einen Augenblick daran gedacht, daß die Aktionen vom 9. November von einer Amnestie vor Strafe geschützt werden müßten. Bei der Beurteilung, ob das Strafgesetzbuch für die Zeit, in der die unter Anklage stehenden Handlungen vorgenommen worden sein sollen, in Anwendung zu kommen hat, ist von Wert der Grundsatz des Rechtslehrers Rudolf Stammler, der die Gültigkeit des Gesetzes nur anerkennt, wenn die „Unverletzbarkeit der Rechtsregel" gesichert sei. Lehnen Sie es ab, meine Herren Geschworenen,

Ein Fehltritt.

Eine Bauerngeschichte aus dem Taunus
von Fr. Ritzel-Mainz.

84. Fortsetzung. Nachdruck verboten.

„Der werd schon fertig mit en!" sagte der Mathes und schrie in den Stall, aus dem stärkeres Stampfen und Wiehern erscholl, rauhe Stimme des alten Nikolaus vom Wohnhause herüber:

„Wollt ihr Ruh halte, ihr Oeser! Ich möcht nur wisse, wo der Paul bleibt! Waaßt dus nit?" fragte er eine eben vorübergehende Magd.

„Er hot scheins mit seim Vatter noch etwas zu berede!" sagte das Mädchen und blieb gleichfalls stehen, um die Gelegenheit zu einem kleinen Plausch nicht zu versäumen. Wie es so geht, kamen noch ein zweiter Knecht und eine zweite Magd hinzu, alle nicht abgeneigt, eine kleine Arbeitspause zu machen und den gutmütigen Mathes wenn möglich etwas zum Besten zu halten.

Das Gespräch drehte sich zunächst um die jungen, erst vor wenigen Tagen auf dem Frankfurter Pferdemarkt gekauften Pferde, von welchen der Mathes behauptete, daß der Kaiser sie nicht schöner im Stalle habe, was von dem einen Knecht, der den Kaiser im vorigen Jahre in Wiesbaden in seiner Equipage gesehen hatte, stark angezweifelt wurde.

„Des warn zwaa Gail vor dem Kaiser seim Chaisewägelche!" behauptete er, „so schön hab ich meiner Lebdag noch nix gesehe! Die sein nur so gesloge! Huit, warn se vorbei! Ja, was der Kaiser hot, do geht nix drüber!"

„Ich wollt, ich wär emmol Kaiser!" meinte der Mathes.

„No, was tätst du dann do anfange, wenn du Kaiser wärst?" fragte der Knecht, der eben die Pracht der kaiserlichen Pferde geschildert hatte.

„Dann tät ich Chaisewägelche fahrn losse, wer wollt! Ich tät mich de ganze Dag uff de Heispeicher lehe und tät Tuwak kaue!"

Alle brachen über dies geplante kaiserliche Vergnügen des Mathes in ein schallendes Gelächter aus und einer rief: „Tätst du dann aach die Kron dabei uffsetze, Mathes?" Da schallte die rauhe Stimme des alten Nikolaus vom Wohnhause herüber:

„Wollt ihr gleich mache, daß ihr an eier Arbeit kommt un den Mathes in Ruh losse!

Wie eine Schar aufgescheuchter Spatzen stob die lustige Gesellschaft lachend auseinander, und der Kopf des Mathes verschwand wieder in der Stalltüre.

Das lange Ausbleiben Pauls hatte seinen guten Grund. Während dem Frühstückskaffee, den er gemeinsam mit seinem Vater einnahm, war zum ersten Male zwischen ihnen von dem nunmehr vor fast zwei Monaten erfolgten letzten Zusammentreffen von Paul und Dortchen Lamprecht die Rede gewesen. Den Anlaß dazu hatte der vorhin aus dem Zimmer gegangene Nikolaus gegeben, welcher erzählt hatte, daß das Dortchen und die God sich der armen, von dem Klostergute weggejagten Lies erbarmt und derselben Aufnahme gewährt hätten.

„Des Doriche hot des beste Herz von der Welt!" hatte der alte Knecht gesagt, und, mit einem anzüglichen Blick auf Paul hinzugefügt:

„Wenn ich en junger Borsch wär, die tät ich nemme, trotz allem, was über sie gered werd! Die hot des Zeig, for en Mann glücklich zu mache!"

Dann hatte der alte Nikolaus die Stube verlassen und der Vater hatte gesagt:

„Ja, Paul, so ganz unrecht hot eigentlich der Nikelos nit! Ich hab die ganz Zeit nix devon gered, weil ich nit gewußt hab, ob dirs recht is, aber ich seh doch, wies dich drückt un wies in dir bohrt, seitdem du glücklich widder dehaam bist! Rede tust du nix — ich kann dich aach nit dezu zwinge! Aber vielleicht wärs gescheider, du tätst dir alles vom Herz erunnerbabbele — des micht leicht!"

Der Alte hatte sich erhoben, war an den Stuhl des finster vor sich hinblickenden Paul getreten und hatte seine Rechte auf dessen Schulter gelegt. Als der Sohn beharrlich schwieg, wendete er sich wie entmutigt ab und trat nach dem Fenster, um einen Blick auf den noch von Nebel erfüllten Hof zu werfen, über den der alte Nikolaus soeben nach dem Pferdestall schritt.

„Geb mir nur acht mit dene junge Gail bei dem nebelige Wetter, Paul!" begann der Bauer dann wieder, nachdem er vergeblich auf eine Antwort des Sohnes gewartet hatte. „Ich maan als, du tätst gescheider und wartst bis es sich e bißche verzoge hot! Wenn mirs recht is, kimmt der Wind vom Feldberg erüber — do werds bald hell sein! Bei dem Nebel scheue die junge Viecher vor jedem Staa, der am Weg liegt!"

„Vatter!" begann da Paul plötzlich, indem er sich von seinem Sitze erhob, „weil Ihr doch die Red druff gebracht habt, muß ich eich was sage! Vielleicht habt Ihr recht, wenn Ihr maant, daß es mir leichter ums Herz werd, wenn ich frei erausjag, was mich drückt! Un wem soll ichs do annerscht sage, als wie Eich? Ich war beim Dortche gewese — a paar Dag noochdem se mich freigelosse habe —"

Ueberrascht hatte sich der Alte umgedreht, und erwiderte:

„Ja, des waaß ich, Paul! Domols, wie du dich bei dem Dortche bedankt host! Ich hob dich noch gefrogt, wie du haam komme bist, ob dir was quer gange wär, weil du e Gesicht gemacht host, wie die Katz, wenns dunnert! Du host mir aber kaa Red un Antwort gebe!"

„Vatter, ich hab des Dortche domols noch emol gefragt, ob sie mei Frau wern wollt!" sagte Paul leise.

„No, un do?" fragte der Alte gespannt, als Paul einige Augenblicke schwieg.

„Sie hot mirs zum zwaatemol rundweg abgeschlage!"

„No, des krieg en annerer rund — ich nit! Sie hat dirs rundweg abgeschlage? Ja warum dann? Hot sie dann nit vor alle Leit gesagt, daß sie dich so gern hätt, wie sie nur aan gern habe könnt?"

Nochdem sie sich so vergesse hätte, därft sie nit in e ehrlich Haus wie in unseres eneinheirate — därft sie mich nit nemme, hot sie gesagt, weils mich später gewiß reue tät."

„Gott, sie soll sich doch kaa so Fissematente in de Kopp setze!" unterbrach der Alte. „Ihr habt eich gern, — do is alles gut!"

„Des schon, Vatter! Gern habe wir uns, aber ich hab eingesehe, daß des Dortche recht hot!"

Mit einem fast unwilligen Ausdruck in seinem Gesichte, warf Christian Höfer einen forschenden Blick in das erregte Antlitz des Sohnes, dann ging er mehrmals schweigend im Zimmer auf und ab, als überlege er mit welchen Worten er diese, ihm offenbar verkehrt erscheinende Auffassung von der Sachlage bei Paul bekämpfen solle. Endlich blieb er vor dem jungen Mann stehen, legte seine Rechte schwer auf dessen Schulter und sagte in warmem Tone:

„Paul, ich will dir emol was sage! Du waaßt, daß es nur aans uff der Welt gibt, was mich glücklich macht, un des is dei Glück! Du werst also nit glaabe, daß dein alter Vater dir zu etwas rote tut, was über ausschlage könnt! Aber do hab ich kaa Sorg un kaa Angst, wenn ich dir sag: heirat des Dortche, du werstis nit bereue!"

Und als Paul eine Miene machte, als ob er sprechen wollte, fuhr der Alte fort:

„Loß mich ausrede! Ich waaß ganz genau, was du mir sage willst! Du denkst, e Mädche, wo sich so vergesse hot, könnts aach in der Eh mit der Treu nit so genau nemme — du denkst, ihr Fehltritt tät ihr ganz Lebe lang von de Leit noochgetrage wern — denkst aach vielleicht, du selbst tätst geringer geacht un geehrt wern als Mann, wenn du so e Fraa genomme host! Los uns die Geschicht emol ganz genau betrachte! De. Dortche hot sich vergesse — gut! Hot sies aus Schlechtigkeit getan? — Naa, ganz gewiß nit! En schöner Kerl, wie der Franz aaner gewese is, hot ihr de Kopp verdreht — hot sie halb besoffe gemacht — in en Zustand kam sie, in dem sie ihr fünf Sinne nit mehr bei sich hatt — un des Unglück war do! Is do des arm Ding nit mehr zu bedauern als wie zu verlästern? Un wie es e gezwiewelt wara for den aane Fehltritt! Du waaßts jo! Maanst du, des könnt des Mädche jemols im Lebe vergesse — daß ihr de Kopp noch emol nooch so Sträätch stände? Die is dorch e Fegfeier gange, daß nix Unrechtes mehr in ihr is!

Fortsetzung folgt.

sich auf den schwankenden Boden zu stellen, auf den sich die Staatsanwaltschaft bei der Vertretung der Anklage hat begeben müssen. Die Staatsanwaltschaft sagt: der Angeklagte habe sich selbst belastet. Aber wenn das der Fall, weshalb denn dann die Beweisaufnahme? Auf den Standpunkt, daß sich der Angeklagte selbst belastet habe, ist die Staatsanwaltschaft erst gekommmen, nachdem die Beweisaufnahme absolut nichts zur Stützung der Anklage ergeben hat. In dem Worte, der Angeklagte habe sich selbst belastet, liegt der Rückzug der Staatsanwaltschaft.

Der Redner geht sodann auf die Einzelheiten des revolutionären Kampfes ein, verweilt bei der Episode des Kampfes, um die Besetzung des Polizeipräsidiums, bei den Beschränkungen der Beweisaufnahme und bei den Behauptungen der Verteidigung über das Spitzelwesen, und polemisiert sodann scharf gegen den Staatsanwalt Zumbroich, der ein Urteil verlangt habe, das dem Rechtsempfinden des Volkes entspreche. Staatsanwälte seien schlechte Dolmetscher für das Rechtsempfinden des Volkes, und auch dieser Staatsanwalt habe bisher plädiert für die Regierung Ebert-Scheidemann, er hätte gestern vielleicht plädiert für die Regierung Hermann Müller, und heute für eine Regierung David. Und morgen würde er vielleicht plädieren für eine Regierung Ledebour. (Beifall im Zuhörerraum. Der Vorsitzende bittet um Ruhe.)

Staatsanwalt Gysae erörtert die rechtlichen Unterlagen des Prozesses und kommt zu dem Ergebnis, daß eine ganze Reihe von Maßnahmen der revolutionären Regierung beweisen, daß zu der Zeit, mit der sich die Anklage beschäftigt, das Strafgesetzbuch sich wieder in voller Geltung befunden habe.

Staatsanwalt Zumbroich: Wir stellen uns auf den Standpunkt eines geschriebenen Rechtes, und wir befinden uns bei dieser Auffassung in voller Uebereinstimmung mit dem Reichsgericht. Wenn die Bestimmungen des Strafgesetzbuches, um die hier der Kampf geht, nicht mehr hätten gelten sollen, dann hätten sie von den damaligen Volksbeauftragten und mindestens von dem später zusammentretenden Parlament abgeschafft oder erneuert werden müssen. Wir befinden uns aber mit unserer Auffassung auch in bester Gesellschaft, und zwar in der des damaligen Justizministers Rosenfeld, der damals hat die Anweisung ergehen lassen, die Behörden sollten nicht zulassen, daß sich die A.- und S.-Räte und die sonstigen revolutionären Institutionen in die Ausübung der legislativen Gewalt einmischten. Der Staatsanwalt verwahrt sich dagegen, daß es eine Spitzel-Regierung gegeben habe. Er stehe hier nicht als Regierungskommissar: ich bin Staatsanwalt und vertrete die Staatsidee und damit die Interessen der Allgemeinheit. Der Staatsanwalt tritt sodann der Darstellung der Verteidigung entgegen, der Angeklagte sei hier mit voller Offenheit aufgetreten. Wo die Sache anfing, strafrechtlich bedenklich zu werden, hat sich auch bei ihm der Vorhang gesenkt, von dem der Herr Verteidiger Herzfeld hier gesprochen hat. Wie der Angeklagte aber im Revolutionsausschuß gewirkt hat, dafür legt das Flugblatt Zeugnis ab, das hier Gegenstand der Beweisaufnahme gewesen ist. (Der Staatsanwalt verliest das Flugblatt, das sich in wüsten Beschimpfungen der damaligen Regierung ergeht, und von dem der Angeklagte behauptet hatte, „er sei politisch mit dem Blatte einverstanden, wenn er auch manches anders gefaßt haben würde.")

Rechtsanwalt Liebknecht: Ich bin dem Staatsanwalt dankbar für seine Rede. Nach allen Vorspiegelungen von Objektivität usw. hat er heute endlich die Maske fallen gelassen. Nachdem er erkannt hat, daß mit der Beweisaufnahme, deren Zeuge wir hier gewesen sind, sich gar nichts anfangen läßt, sucht er Sie, meine Herren Geschworenen, zu verwirren, betreibt er hier eine Stimmungsmache, die unerhört ist. Das nimmt mich nicht wunder, denn ich weiß, daß Staatsanwalt Zumbroich der Verbindungsmann ist zwischen Eden-Hotel und hier, zwischen Eden-Hotel und Staatsanwaltschaft. (Der Vorsitzende unterbricht die Sitzung. Das Gericht zieht sich zurück und verkündet sodann, daß gegen R.-A. Liebknecht eine Geldstrafe von 100 Mark verhängt worden sei. Das Gericht ist der Auffassung, daß er zum Ausdruck hat bringen wollen, es bestehe ein Zusammenhang zwischen dem Staatsanwalt Zumbroich und der von der Verteidigung wiederholt als bestehend behaupteten Mörderzentrale.)

R.-A. Liebknecht faßt noch einmal alle Argumente der Verteidigung in großen Linien zusammen und legt dar, daß sowohl nach dem Ergebnis der Beweisaufnahme wie nach der Rechtslage nur eine Verneinung der Schuldfragen für die Geschworenen in Betracht kommen könnte. Hierauf wird die Sitzung auf Montag 9 Uhr vertagt, wo dann Ledebour mit seinem Schlußworte beginnen wird.

11. Verbandstag des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes.

Am 4. Verhandlungstag hielt Siegle-Berlin ein Korreferat, in dem er das politische Rätesystem forderte. Er sagte, die Gewerkschaftsarbeit führe nicht zum Sozialismus. Wenn die soziale Wirtschaft durchgeführt ist, sind die Gewerkschaften erledigt, dann genügen die Arbeiterräte. Nach einem Schlußwort des Referenten, in dem er sich mit guten Argumenten gegen die Ansichten seiner Gegner wendet, gab Siegle namens der engeren Opposition folgende Erklärung ab: „Die Kollegen stehen auf dem Boden des politischen Rätesystems und sind gegen den bürgerlichen Parlamentarismus. Obschon die Resolution des Referenten Sätze enthält, denen wir zustimmen können, lehnen wir sie in der Gesamtheit doch ab." Die Resolution des Referenten, die im Sinne seiner im gestrigen Bericht schon skizzierten Rede gehalten ist, wird mit allen gegen 27 Stimmen angenommen, in der zum Schlusse folgende Forderungen an die Regierung gestellt werden:

1. Die Errichtung von Wirtschaftskammern für die Holzindustrie und für jedes holzverarbeitendes Gewerbe. Die Wirtschaftskammern haben die Aufgabe, an Stelle der Privatwirtschaft die Gemeinwirtschaft einzuführen und deren Leitung zu übernehmen, die Produktion entsprechend den zu ermittelnden Bedarf gleichmäßig zu organisieren, die höchstmögliche Wirtschaftlichkeit und eine gerechte Verteilung des Arbeitsertrages herbeizuführen. Die Durchführung dieser Aufgabe erfordert die Mitwirkung aller volkswirtschaftlich tätigen Kräfte, jedoch ist die Vertretung in den Kammern so zu regeln, daß die ausgesprochenen Anhänger des gemeinwirtschaftlichen Prinzips die Mehrheit bilden. Zur Durchführung der einzelnen volkswirtschaftlichen, technischen und sozialpolitischen Aufgaben sind den Wirtschaftskammern Verwaltungsämter anzugliedern.
2. Die Enteignung aller Privatforsten von mehr als 10 Hektar zusammenhängender Fläche und ihre Ueberführung in öffentliches Eigentum und gemeinwirtschaftlichen Betrieb.
3. Die Bewirtschaftung des gesamten in Deutschland produzierten und vom Ausland eingeführten Rutzholzes durch die Wirtschaftskammern.
4. Die Umwandlung des privaten Holzhandels in gemeinwirtschaftliche Holzversorgungsstellen im Rahmen der Wirtschaftskammern; eventuell für die Uebergangszeit die Zwangssyndizierung des Holzhandels.
5. Die öffentliche Bewirtschaftung auch der anderen in der Holzindustrie verwendeten wichtigen Rohstoffe wie Leim, Oele, Schellack, Haare und Borsten, Korbweiden und Rohr, Korkholz usw. durch die Wirtschaftskammern.

Zum weiteren Tagesordnungspunkt Lohnbewegung und Tarifverträge erstattet Vorstandsmitglied Neumann längeren Bericht. Daraus geht hervor, daß der Verband Außerordentliches für die Verbesserung der Lohnverhältnisse geleistet hat, in deren Durchführung wiederholt zum Streik gegriffen werden mußte. In fünf zentralen Vereinbarungen mit dem Arbeitgeber-Schutzverband, die sich aber das ganze Reich erstrecken, wurde in zehn Raten eine Lohnaufbesserung für die Stunde um 120 Pfg. in den beiden ersten, um 115 resp. 112 Pfg. in den beiden mittleren und um 105 Pfg. in den beiden unteren Tarifklassen erreicht. Für die Arbeiterinnen betragen die vereinbarten Lohnaufbesserungen 65 bis 82 Pfg. pro Stunde.

Auf dem Gebiete der Tarifgemeinschaft sind inmitten des Krieges wichtige Fortschritte erlangt worden, so durch die Schaffung der Tarifklassen und der allgemeinen Durchsetzung vertraglicher Mindestlöhne für männliche und weibliche Arbeiter. Die letzte allgemeine Tarifbewegung ist noch nicht gänzlich zum Abschluß gebracht. Die Verhältnisse haben es mit sich gebracht, daß bei der letzten Verhandlung mit den Arbeitgebern eine weitere Steigerung der Löhne ab 1. August d. J. gefordert werden mußte.

Die Zahl der vom Verband abgeschlossenen Tarifverträge hat während des Krieges eine Verringerung erfahren. Ende 1918 bestanden 884 Tarifverträge unter die 10 770 Betriebe mit 120 880 beschäftigten Personen fallen. Im seitherigen Verlauf des Jahres 1919 haben die Verträge eine erhebliche Vermehrung erfahren und 186 Streiks sind in diesem Jahre bereits zum Abschluß gelangt.

Trotz der Schwierigkeiten, die in den Zeitverhältnissen liegen, sind für eine Reihe Branchen Reichstarife zum Abschluß gekommen, so für die Musikinstrumentenarbeiter, für die Stockarbeiter, für die Knopf- und Perlmutterbranche und für die Modelltischler. Für weitere Branchen befinden sich Reichstarife in Vorbereitung. Ein großer Erfolg war der Abschluß des Reichstarifs für die Geschoßkorbbranche und die Errichtung des Tarifamtes für das Korbmachergewerbe, für das an einem neuen Reichstarif gearbeitet wird. Der Wert, der soviel angefeindeten Arbeitsgemeinschaft mit den Unternehmern für die Holzarbeiter wird eingehend behandelt und der Appell an die Mitglieder gerichtet, nunmehr auch mit den wilden Streiks aufzuhören. Zur Durchführung der Lohnbewegungen waren mehrere Konferenzen erforderlich, und soweit die Städtevertreterkonferenzen in Frage kommen, sollen sie auch in Zukunft beibehalten werden.

In der einsetzenden Debatte haben es die Oppositionsredner nicht leicht gegenüber dem vorgebrachten Tatsachenmaterial ihren Standpunkt zu vertreten. Auch sie wollen die Tarifverträge und die zentralen Verhandlungen mit den Unternehmern nicht grundsätzlich verwerfen, nur kurzfristig sollen die Abschlüsse sein.

*

Fünfter Verhandlungstag. Vor Eintritt in die Tagesordnung beantragte die Revisionskommission die Diäten für diesen Verbandstag angesichts der großen Teurung auf 24 Mk. pro Tag, für Uebernachten 6 Mk. und für entgangenen Arbeitsverdienst 20 Mk. für den Tag zu bemessen. Dieser Antrag wird angenommen. Die Debatte über „Lohnbewegung und Tarifverträge" wird hierauf wieder aufgenommen. Schleicher-Stuttgart berichtet zunächst über die Entschließung der Vorberatungskommission gegenüber den zu diesem Punkt gestellten Anträgen. Einige Diskussionsredner treten für Beseitigung der Akkordarbeit ein, demgegenüber aber auch von anderen Rednern hervorgehoben wird, daß die Tarifverträge zur Akkordarbeit nicht verpflichten, sondern die Kollegen gegen etwaige Härten derselben schützen, im übrigen aber liege es bei den Kollegen in den einzelnen Orten, Akkordarbeit abzulehnen oder zu verrichten. Zu vernünftiger Arbeit bei Akkord müssen die Kollegen eben erzogen werden. In seinem Schlußwort stellt Neumann gegenüber dem Verlangen nach kurzfristigen Verträgen fest, daß diese bei jetziger Geltungsdauer nicht gehindert haben, mehrmals Teuerungszulagen durchzusetzen. Bei der vorgenommenen Abstimmung über die gestellten Anträge werden diejenigen von Berlin und Nürnberg auf Erhöhung der Streikunterstützung um 100 Prozent abgelehnt. Gemäß dem Antrage der Kommission werden folgende Anträge angenommen: Für einheitliche Wirtschaftsgebiete auch einheitliche Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu schaffen. Bei zukünftigen Tarifabschlüssen dahin zu wirken, daß unter Einhaltung des Achtstundentages der Sonnabend nachmittag freibleibt. In den zukünftigen Verträgen sind Vereinbarungen über die Lehrlingsfrage aufzunehmen, der zufolge die Lehrzeit nicht drei Jahre übersteigen darf, die vertragliche Arbeitszeit auch für sie zu gelten hat, die Schulzeit als Arbeitszeit angerechnet wird, daß das Fortschreiten der Arbeit durch die Arbeiterausschüsse oder der Schlichtungskommission zu kontrollieren ist und ihre Entschädigung an Kostgeld in ein bestimmtes Verhältnis zu den vertraglichen Löhnen gebracht wird. Beim Abschluß neuer Verträge auch die Hilfsarbeiter, Tagelöhner und Arbeiterinnen mit einzubeziehen. Die Meldefrist für Lohnbewegungen von 13 auf 4 Wochen herabzusetzen. In die neuabzuschließenden Verträge die Ferienfrage für die Kollegen mit aufzunehmen. Für neue Tarifverträge die allgemeine Verbindlichkeitserklärung beim Reichsarbeitsamt zu beantragen. Die 1. und 2. Tarifklasse zusammenzulegen und anstatt im ganzen 6 nur 5 Klassen zu bilden. Vorkehrungen für die Beseitigung der Schmutzkonkurrenz in Strafanstalten zu treffen und im weiteren wird einer Anregung zugestimmt, die das Verhalten derjenigen Kollegen entschieden verurteilt, die nach Feierabend in anderen Betrieben oder zu Hause Erwerbsarbeit verrichten.

Hierauf erstattet die Beschwerdekommission ihren Bericht. Nach eingehender Prüfung empfiehlt sie, den von Bremen gestellten Ausschlußantrag gegen ihren früheren Angestellten Dammer, als auch den Ausschlußantrag aus Düsseldorf gegen den Gauvorsteher Meyer abzulehnen, dementsprechend auch mit großer Mehrheit beschlossen wird. Einen Antrag aus Bremen auf Zurückerstattung verausgabter Streikunterstützung in Höhe von 14 000 Mark für einen vom Vorstand nicht genehmigten Streik beantragt die Kommission ebenfalls abzulehnen, jedoch werden 10 000 Mark bewilligt.

Die Vorberatungskommission beantragt, auch die unbesoldeten Vorstandsmitglieder vom Verbandstag zu wählen, anstatt wie bisher von der Zahlstelle Berlin. Nach kurzer Debatte wird dieser Antrag auf Anregung des Vorstandes zurückgezogen. Hierauf wird zur Erledigung des weiteren Punktes der Tagesordnung „Statutenberatung" geschritten. Die Vorberatungskommission beantragt unter Ablehnung aller anderen Anträge die Streikunterstützung wesentlich zu erhöhen und dementsprechend auch die Beiträge heraufzusetzen und zwar wie folgt:

	I	II	III	IV	V	VI
Beitrag . . .	180 ₰	150 ₰	120 ₰	100 ₰	75 ₰	50 ₰
Erhöhung . . .	20 %	25 %	20 %	25 %	25 %	25 %
Streikunterstützung:						
13 Wochen . .	18 ℳ	16 ℳ	14 ℳ	12 ℳ	10 ℳ	8 ℳ
26 Wochen . .	25 ℳ	22 ℳ	19 ℳ	16 ℳ	13 ℳ	10 ℳ
52 Wochen . .	33 ℳ	29 ℳ	25 ℳ	21 ℳ	17 ℳ	13 ℳ
156 Wochen . .	36 ℳ	32 ℳ	28 ℳ	24 ℳ	20 ℳ	16 ℳ
260 Wochen . .	40 ℳ	36 ℳ	32 ℳ	28 ℳ	24 ℳ	20 ℳ
520 Wochen . .	44 ℳ	40 ℳ	36 ℳ	32 ℳ	28 ℳ	24 ℳ
Erhöhung . . .	70 %	66 %	63 %	60 %	55 %	50 %

Dieser Antrag wird angenommen mit der Maßgabe, daß die Mitglieder durch Urabstimmung darüber entscheiden sollen.

*

Sechster Verhandlungstag. Mit Beginn der heutigen Verhandlungen wird auf Antrag der Vorbereitungskommission die Regelung der Gehälter für die Verbandsangestellten ab 1. Juli ds. Js. wie folgt beschlossen: Bezirks- und Lokalangestellte von 480 steigend bis 580 Mk., Hilfsarbeiter von 600 steigend bis 700 Mark, Gauvorsteher und leitende Lokalbeamte von 620 steigend bis 720 Mk., Vorstandsmitglieder von 700 Mk. steigend bis 800 Mark und für den ersten Vorsitzenden von 800 steigend bis 900 Mark pro Monat.

Hierauf wird die Wahl der Verbandsbeamten vorgenommen. Sämtliche Gauvorsteher werden en bloc und per Akklamation wiedergewählt, während die besoldeten Vorstandsmitglieder in geheimer Wahl mit großer Mehrheit ebenfalls wiedergewählt werden. Der Verbandsvorsitzende Leipart gab hierzu eine Erklärung ab, daß der Vorstand eine Wiederwahl trotz der Mißtrauensresolution von 48 Delegierten annehme. Da es sich hierbei um eine politische Meinung handle, mache der Vorstand der Opposition keine Konzession.

In der fortgesetzten Statutenberatung wird u. a. beschlossen: Das Beitrittsgeld für erwachsene männliche Mitglieder auf 1 Mk., für jugendliche und weibliche Mitglieder auf 50 Pfg. festzusetzen, Lehrlinge auch als jugendliche Mitglieder aufzunehmen. Für die Bestreitung ihrer Ausgaben können die Zahlstellen bis zu 30 Prozent der vereinnahmten Verbandsbeiträge verbrauchen. Ueberschüssige Gelder müssen vierteljährlich an die Hauptkasse gesandt werden. Die Kosten für Beschickung der Gautage werden in Zukunft von der Hauptkasse getragen.

Zum Gewerkschaftskongreß gibt Leipart eine gedrängte Uebersicht über die Aufgaben desselben. Neben einigen Anträgen wird eine Resolution der Vorbereitungskommission angenommen, wonach sich der Verbandstag für Berufs- bezw. Industrieverbände, für den Zusammenschluß berufsverwandter Organisationen und für eine größere Vereinheitlichung der Einrichtungen der Gewerkschaften erklärt. Als der Verbandstag einen Vorschlag der Vorberatungskommission, über den Antrag den Kollegen Noske aus dem Verbande auszuschließen, mit 83 gegen 63 Stimmen zur Tagesordnung überzugehen annimmt, weil ein solches Verfahren den Bestimmungen des Statuts nicht entspricht, verläßt der größte Teil der berliner Delegierten zum Protest das Lokal.

Die Aufgaben des Verbandstages sind somit erschöpft und erhält Leipart das Schlußwort, in dem er etwa folgendes ausführt: „Der Verbandstag stand im Zeichen der Uneinigkeit. Unser Stolz war es bisher, Männer mit eigener Meinung vertreten zu sehen. Auch früher haben wir Meinungsverschiedenheiten auszukämpfen gehabt; wäre das nicht, dann würde ich darin ein Symptom der Rückständigkeit erblicken, denn darin liegt der Fortschritt. Daß ein Teil der Minderheit vor Schluß die Sitzung verlassen hat, bedauern wir, daran haben wir keine Schuld. Ich habe die Hoffnung, daß diese Aussprache doch auch zum Gedeihen des Verbandes beitragen wird, daß die politischen Streitfragen verschwinden werden. Ich befürchte, daß Handel und Gewerbe die gewaltigen Erschütterungen, die der Frieden bringt, nicht so leicht überstehen werden. Das wird nicht ohne Einfluß auf die Haltung der Unternehmer uns gegenüber sein. Wir werden uns gegen Lohnreduzierungen zu schützen haben. Darum war es eine Notwendigkeit, die Streikunterstützung zu erhöhen. Das ist zweifellos der bedeutsamste Beschluß des Verbandstages. Meinungsverschiedenheiten sind nur damit erledigt worden, daß sich die Minderheit dem Beschluß der Mehrheit fügte und ich hoffe, daß dies auch von der jetzigen Minderheit geschieht. Unsere besten Wünsche begleiten die Kollegen, die in Zukunft Ausländer sein werden und auf unserm nächsten Verbandstag nicht mehr vertreten sein werden. Ich glaube nicht daran, daß das von Dauer sein wird, wünsche aber, daß sie im Geiste unseres Verbandes auch im neuen Vaterlande wirken werden. Mit einem begeistert aufgenommenen Hoch auf den Verband wird die Tagung geschlossen.

Zu erwähnen wäre noch, daß in der Berliner Generalversammlung 3 Kommunisten und 7 Unabhängige als Bureauangestellte gewählt wurden.

Streikbewegung.

Ausständig sind in Oberschlesien die Dibensko-Grube wegen Lohnforderungen angesichts der zu erwartenden Kohlenpreiserhöhungen und als Protest gegen die Wiedereinstellung der Grenzschutzleute, ferner die Gott-mit-uns-Grube, die Heinrichsglück-Grube, bei der Myslowitz-Grube 30 Proz. und bei der Neu-Krzemsa-Grube 50 Proz. wegen der Polengefahr.

Infolge Maßregelung eines Eisenbahnvertrauensmannes in Liegnitz und Nichtzurücknahme dieser Maßregelung durch die Behörden sind sämtliche Eisenbahnarbeiter in Liegnitz, Breslau, Oels und Glogau in den Streik getreten, so daß der ganze Verkehr bis Mittelschlesien stilliegt.

Ausgleichsverhandlungen zwischen der Eisenbahndirektion und den ausständigen Arbeitern in Breslau blieben ergebnislos. Die Forderungen betreffen eine einmalige Teuerungszulage von 500 Mark, Versetzung von Breslau in die höchste Lohnklasse und Personalfragen.

Auch in einigen Bahnmeistereien im Westen Groß-Berlins ist ein Streik ausgebrochen. Dabei spielt auch die Verhaftung eines Eisenbahnrates in Berlin eine Rolle. Er wurde unmittelbar nach einer militärischen Durchsuchung im Parteibureau der U. S. P. auf der Straße verhaftet.

Am Montag haben die Unterbeamten der Breslauer staatlichen Institute, Universität, Universitätsklinik, technischen Hochschule, Regierung und Oberpräsidium ihre Tätigkeit eingestellt, weil trotz bescheidener Lohnansprüche die Wünsche der Angestellten dauernd verschleppt wurden.

Der Streik der Postaushelfer und -aushelferinnen in Berlin hat eine weitere Ausdehnung dadurch erfahren, daß er auch auf die Fernsprechämter übergesprungen ist. Alle bei ihnen beschäftigten Aushelfer und Aushelferinnen haben die Arbeit ebenfalls niedergelegt.

Aus der Partei.

Die Entente-Sozialisten helfen uns nicht. Aus Bern wird berichtet: Die Meldung, daß die belgischen und schweizerischen Sozialisten einem Proteststreik gegen den Versailler Vertrag zustimmten, ist unrichtig, da diese von der italienischen Sozialistenpartei zu einem Proteststreik gegen die Vergewaltigung der ungarischen und russischen Republiken aufgefordert wurden und nur diesem Vorschlag beitraten. Die große Mehrheit der in Paris anwesenden italienischen und französischen Delegierten lehnten einen Proteststreik gegen den Vertrag von Versailles ab.

Wer noch an die nahe Weltrevolution glaubt, dem dürfte kaum zu helfen und zu raten sein. Einmal wird es zwar auch in den Ländern der heutigen Entente zur großen Abrechnung kommen zwischen Herren und Knechten, aber — wann? Unsere Unabhängigen und sogar die Kommunisten, die mit erstaunlicher Ausdauer und fast kindlich anmutender Gläubigkeit jeden Tag, fast ein halbes Jahr lang, dem Volke die erlösende Weltrevolution immer wieder für morgen versprachen, sind still damit geworden. Man sollte diese Schwärmer mehr beim Wort nehmen, damit sie nachdenken lernen und etwas bescheidener werden.

Aus Nah und Fern.

Franz von Liszt, dessen Tod wir meldeten, hat auf dem Gebiete der Strafrechtspflege bahnbrechend gewirkt. Er war mit warmem Herzen bei den unschuldig Verurteilten und den Falschbeurteilten, bei den zahllosen Opfern der immer noch von mittelalterlichen Gesichtspunkten beherrschten Strafrechtspflege unserer Zeit. Das zeigte sich auch darin, daß er u. a. dem Strafvollzug und seiner Reform die lebhafteste Beachtung entgegenbrachte, während das Interesse der durchschnittlichen Formaljuristen am Angeklagten mit der Urteilsfällung meist völlig erschöpft ist. Liszt hat mit Leidenschaft alle jenen Theorien bekämpft, an denen der größte Teil seiner rückständigen Kollegen noch heute festhält, wonach der Zweck des Strafrechts die Abschreckung oder Rache ist. Ihm kam es darauf an, den Verbrecher, in dessen Tun er Mangel an sozialer Gesinnung sah, zu bessern und als nützliches Glied der Gesellschaft zurückzugeben. Deshalb drang er auf die psychologische Erforschung des Verbrechens und auf die Beseitigung starrer Strafrechtsvorschriften, namentlich aber auch auf ein menschliches Strafrecht für Jugendliche. Neben dem Strafrecht war Lisztz Domäne das Völkerrecht. Hier hat er schon vor Jahren manchen Gedanken entwickelt, der jetzt erst langsam Anerkennung findet, namentlich war er auch Anhänger der obligatorischen Schiedsgerichte.

Mord. In Soest (Westfalen) ermordeten im Amtsgerichtsgefängnis zwei Gefangene den Aufseher und befreiten die übrigen Gefangenen. Die Flüchtigen konnten noch nicht festgestellt werden.

Bootsunglück auf dem Seddinsee. Ein Segelboot des Schiffers Heinrich aus Karolinenhof, das, mit neun Personen besetzt, eine Fahrt nach dem Seddinsee an der Havel unternahm, kenterte am Wernsdorfer Kanal. Drei Frauen sind ertrunken, darunter auch die Frau des Bootsführers.